

Den begonnenen Irak-Krieg beenden – seine Ausweitung verhindern

von Clemens Ronnefeldt, Mitinitiator der Kampagne „resist – sich dem Irak-Krieg widersetzen!“ und Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Fast täglich bombardieren angloamerikanische Kampfflugzeuge irakische Einrichtungen. Im Westen und Norden des Zweistromlandes befinden sich bereits seit Monaten US-Spezialtruppen auf irakischem Territorium (vgl. „The secret war“, in: The Independent, 24.11.02). Wegen der Schwierigkeit, welchen Quellen in der derzeitigen Propagandaschlacht vertraut werden kann, ist dieser Artikel bewusst als sparsam kommentierte Presse- und Zeitschriftenartikel-Materialsammlung angelegt. Dies ermöglicht Leserinnen und Lesern eine bessere eigene Abschätzung der Glaubwürdigkeit der zitierten Quellen.

„Ein Krieg zum Sturz des irakischen Regimes ist noch keineswegs unvermeidlich“, meinte Volker Perthes am 4.1.03 in der Süddeutschen Zeitung. Perthes ist Leiter des Nah- und Mittelostprogramms der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, die die Bundesregierung berät, und zählt zu den besten Kennern der Krisenregion.

Der frühere UN-Generalsekretär Boutros-Ghali sagt unverblümt undiplomatisch: „Bush will Krieg um jeden Preis. Die Fahndungsergebnisse der Uno-Inspektoren sind ihm völlig egal“ (Der Spiegel, 13.1.03).

Die UNO rechnet bereits mit dem Schlimmsten: Eine Studie sieht allein in der Anfangsphase einer massiven Bombardierung bis zu 500 000 Tote und zivile Verletzte, genug, damit in den USA die Unterstützung für Bushs Irak-Feldzug schwindet. „Die UNO geht davon aus, dass bis zu 7,4 Millionen Menschen direkte oder indirekte Hilfe brauchen werden“ (Welt, 15.1.03).

Die Grundpositionen der Kampagne „resist – sich dem Irak-Krieg widersetzen!“ können beschrieben werden mit den Gegenüberstellungen: Inspektion statt Invasion, Kriegsprävention statt Präventivkrieg, Stärkung des Rechts statt Recht des Stärkeren.

1. Zur Politik der US-Regierung

1.1. Innenpolitische Aspekte

Die Außenpolitik der US-Regierung ist immer noch maßgeblich geprägt von den Ereignissen des 11.9.2001. Der Schock, das Entsetzen und die Trauer über den Tod von rund 3000 Menschen sowie das Bewusstsein der eigenen Verwundbarkeit haben die US-Gesellschaft nachhaltig verändert.

Um die US-Außenpolitik besser verstehen und einordnen zu können, lohnt ein Blick in die derzeitige US-Innenpolitik unter sicherheitspolitischen Aspekten.

Unter Bezugnahme auf die Behandlung von Talibansoldaten auf Guantanamo Bay schrieb der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter in der Washington Post, 5.9.02, den bemerkenswerten Satz: „Diese Handlungen ähneln jenen von Unrechtsregimen, die vom amerikanischen Präsidenten verurteilt worden sind“ (zit. nach Pax Report, Oktober 2002).

Derzeit sitzen rund 1200 Männer – die meisten arabischer Abstammung – in US-Gefängnissen, oft wegen Einreisevergehen. Sofern ihnen überhaupt Kontakt zu Angehörigen gewährt wird, beschränkt sich dieser auf ein Minimum. Obwohl die Richter die Offenlegung ihrer Namen

Inhalt

1. Zur Politik der US-Regierung
 2. Zur Politik Großbritanniens
 3. Zur Erdölfrage
 4. Zur Wirtschaftsfrage
 5. Zur US-Rüstungslobby
 6. Israel und Irak
 7. Zur Politik Frankreichs und der EU
 8. Zur deutschen Politik
 9. Zivile Alternativen und Friedenslösungen
 10. Möglichkeiten für Protest, Widerstand und Friedensengagement
- Nachwort: Gerechtigkeit schafft Frieden
Literaturhinweise

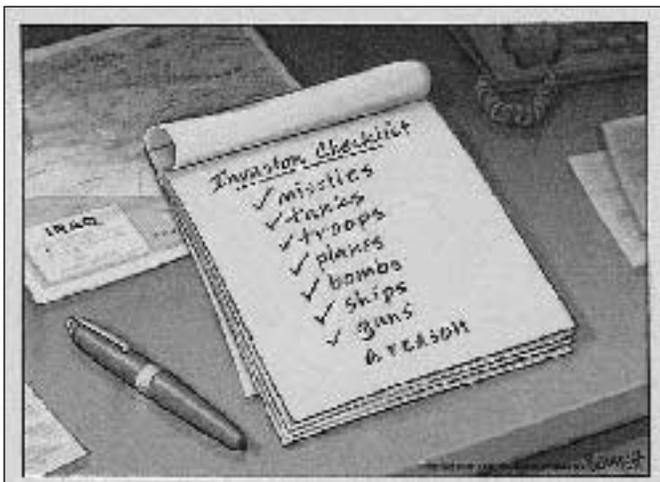
verfügten, ignoriert dies die Regierung. „Den früheren Außenminister Warren Christopher erinnert das Verhalten der Regierung an die Militärdiktatur in Argentinien, wo Dissidenten auch plötzlich verschwanden“ (zit. nach „Stern“, Nr.48/2002).

Nach dem „USA Patriotic Act“ vom Herbst 2001 sind der US-Regierung erlaubt:

- das Abhören von Anwälten und Klienten
 - das Überprüfen der Lesegewohnheiten von Bücherei-Kunden
 - das Aufzeichnen des E-mail-Verkehrs
 - das Infiltrieren religiöser Minderheiten
 - das Vorladen zu Verhören
 - das Wegschließen in Gefängnisse ohne Angabe von Gründen auf unbestimmte Zeit.
- Justizminister John Ashcroft wurde zu nächst mit seinem TIPS-Programm (Terrorism Information and Prevention System), wonach tausende Freiwilliger Informations-Zubringerdienste für die Regierung leisten sollten, gestoppt.

Der frühere Sicherheitsberater John M. Poindexter hat im Auftrag des Pentagon eine neue Offensive gestartet: „Sämtliche Telefonate, E-Mails, Banküberweisungen, Kreditkartenabbuchungen sollen zentral gesammelt werden. Das nennt sich ‘Total Information Awareness’ und ist eine totale Informationsüberwachung“ (Stern, Nr. 48/2002).

„USA: Folter im Ausland nicht ausgeschlossen“, titelte die FR am 2.1.03 und führte aus: „Höchst beunruhigt haben Menschenrechtsorganisationen in den USA auf einen Bericht der Washington Post reagiert,





der dem US-Geheimdienst CIA Beihilfe zur Folter oder deren Billigung vorwirft“. Die CIA würde an Länder ausliefern, „in denen massiver Druck und Folter zur Ermittlungspraxis gehören“.

Die Tötung von mutmaßlichen Terroristen ohne jegliche weitere vorherige Untersuchung oder gerichtliche Verhandlung – wie bereits durch eine Rakete der US-Drohne „Predator“ in Jemen erfolgt –, stößt zwar bei US-Menschenrechts- und Friedensorganisationen auf massive Kritik, kann allerdings innenpolitisch derzeit kaum verhindert werden.

Die Entscheidung des Gouverneurs von Illinois, George Ryan, sämtliche 167 Todesstrafen in seinem Bundesstaat aufzuheben und umzuwandeln in Gefängnisstrafen, hat im ganzen Land zu erheblichen Diskussionen über eine generelle Abschaffung der staatlichen Tötung von Menschen geführt. US-Präsident Bush sprach sich in einer umgehenden Stellungnahme für den Erhalt der Todesstrafe aus.

„George Bush trommelt für den Krieg. Daheim führt er ihn längst“ (Stern Nr. 48/2002), fasst der Amerika-Korrespondent des „Stern“, Michael Streck, das derzeitige politische Klima in den USA zusammen.

1.2. Zur US-Außenpolitik gegenüber Irak

1.2.1 Grundlegende politische Planungen

Im Dezember 2002 ernannte George W. Bush einen neuen „Irak-Chefbeauftragten“: „Er beruft einen ausgewiesenen Ölfachmann: Zalmay Khalilzad, 51, im afghanischen Masar-i-Scharif geboren. Der Lobbyist hat für den kalifornischen Konzern Unocal 1997 die Chancen einer Öl- und Gaspipeline von Afghanistan nach Pakistan ausgelotet. ... Nach der Flucht der Koranschüler arbeitete der Wendige als Afghanistan-Beauftragter Bushs. `Er war unser eigentlicher Regierungschef`, sagen Kabinettsmitglieder in Kabul“ (Der Spiegel, 13.1.03).

Am 27.12.2002 wurde das jahrelange Engagement Khalilzads von Erfolg gekrönt: Die Regierungschefs von Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan haben „ihre Unterschrift unter ein Abkommen gesetzt, welches Afghanistan ein ebenso massives wie willkommenes Investitionsvorhaben bringen könnte: Den Bau einer 1500 Kilometer langen und zwei Milliarden US-Dollar teuren Pipeline von den Gasfeldern im südlichen Turkmenistan über Afghanistan bis nach Pakistan. ... Und es gibt Vermutungen, wonach diese Pipeline, an deren Bau sich amerikanische Firmen beteiligen sollen, mit ein Grund für das militärische Eingreifen der USA in Afghanistan gewesen sei“ (FR, 28.12.02).

Nachdem Khalilzad seine Mission in Afghanistan vorerst abgeschlossen hat, wendet er sich nun Irak zu. „Der neue Irak-Beauftragte des Präsidenten, Zalmay Khalilzad, sagt offen, dass Bagdad `Schlüssel-Element einer Langzeitstrategie ist, die auf Transformation der Region als Ganzes ausgerichtet ist. ... Khalilzad, Mitbegründer des neo-konservativen `New American Century`-Projekts, fungiert nun als Brückenglied zu den irakischen Exilanten und spielte eine we-

sentliche Rolle im Hintergrund des Oppositionstreffens in London. Seine Aufgaben liegen mehr im operationellen Bereich. Konzeptionell hat das einflussreiche `Deputies Committee` die Federführung übernommen. Die `Vizes` aus State Department, Pentagon, der Generalität, dem Nationalen Sicherheitsrat sowie dem Büro des Vizepräsidenten treffen sich regelmäßig im `Lageraum` des Weißen Hauses und arbeiten seit dem Herbst an einem Nachkriegsplan für das Zweistromland. Eine weitere Arbeitsgruppe im State Department, das bereits 1999 ge-



Aus einem Armee-Werbeprospekt

gründete `Future-of-Iraq`-Projekt, beschäftigt sich darüber hinaus mit ganz praktischen Problemen, die die Besatzer von dem maroden Regime Saddams, aber auch als Folge des Krieges erben werden. ... Kritiker der Bush-Administration warnen eindringlich vor den Konsequenzen einer US-Präsenz im Irak. `Das Militärische ist der Anfang vom Anfang`, meint etwa der frühere Nahost-Beauftragte General Anthony Zinni, `um Erfolg zu haben, brauchen wir das Äquivalent eines Marshall-Plans`. Selbst die größten Optimisten in Washington zweifeln an der nachhaltigen Bereitschaft der Bush-Administration, diese auf rund 100 Milliarden US-Dollar geschätzte Last zu übernehmen. ... Der Nahost-Experte Fawaz Gerges vom Sarah Lawrence College in New York sieht noch ein anderes, wie er findet, schwierigeres Problem. Die Administration unterschätze `die anti-amerikanischen Gefühle in der Region ganz gewaltig`. Die Irak-Debatte lebe `mehr von neo-konservativer Ideologie als von saubere Analyse der komplexen Wirklichkeit im Irak`, urteilt Gerges. Anthony Cordman vom `Center for Strategic and International Studies` in Washington pflichtet dem bei. `Die Idee, dass im Irak plötzlich eine stabile Demokratie entstehen und die arabische Welt verändern wird, überschreitet die Linie von neo-konservativ zu neo-verrückt“ (Rhein-Zeitung Koblenz, 9.1.03).

1.2.2. Militärische Planungen

Der Krieg gegen Irak ist bereits im Gange. „Für die Piloten auf dem US-Flugzeugträger Constellation ist das Bombenwerfen über Irak schon Alltag“, titelte die FR am 10.1.03. Wolfgang Sofsky nannte den Krieg „verdeckt“ und schrieb in der FR, 27.1.03: „Längst haben die Operationen der USA begonnen, nur noch der Befehl zur Invasion steht zur Entscheidung“.

Anfang Januar 2003 hatten die US-Streitkräfte bereits mindestens 60 000 Truppen

in der Golfregion zusammengezogen – „genug für einen `rollenden Start`, den Experten vermuten. ... Anders als im Vorfeld des ersten Golfkrieges wollen die Kriegsplaner diesmal nicht große Truppenkontingente an den Grenzen des Irak oder Kuwaits zusammenziehen. Ihre Furcht: Der irakische Diktator könnte amerikanische Einheiten während der Aufmarschphase mit biologischen oder chemischen Waffen angreifen. ... Der von Bush im November genehmigte Kriegsplan geht von bis zu 250 000 US-Soldaten aus. Logistisch problematischer sei es dagegen, das `schwere Material`, also Panzer, Artillerie, Raketenabwehr, Hubschrauber, Kommandostruktur, Munition und Verpflegung in Position zu bringen. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit haben die Amerikaner hier in den vergangenen Wochen ganze Arbeit geleistet. Im Eiltempo verschifft die Army das Equipment für drei Brigaden aus Lagerhäusern in Katar und auf Diego Garcia nach Kuwait. In dem für 200 Millionen US-Dollar errichteten Wüstenlager `Camp Arifian` südlich von Kuwait City warten nun unter anderem jeweils rund 250 Abrams Kampf- und Bradley-Schützenpanzer sowie zwei

Dutzend Apache-Kampf-Hubschrauber und diverse Artilleriegeschütze auf einen Einsatz. ... Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und sein Stellvertreter Paul Wolfowitz haben die Militärs unter Druck gesetzt, eine Art `Blitzkrieg-Strategie` zu erarbeiten, die auf den Vorteilen der amerikanischen Streitkräfte aufbaut. ... Die Blitzkriegs-Optimisten hoffen, dass das Regime in Bagdad angesichts eines überwältigenden Erstschlags auf irakische Kommandoeinrichtungen, die Präsidentenpaläste und andere wichtige Infrastruktur bereits nach wenigen Wochen, vielleicht schon Tagen, zusammenbrechen wird. Offenen Widerstand gegen diese Einschätzung formulierten im Dezember noch Army-Chef General Eric K. Shinseki und der Kommandant der Marines, General James L. Jones. Beide zweifeln am schnellen Auseinanderfallen der irakischen Streitkräfte. ... Der stellvertretende irakische Ministerpräsident Tariq Aziz drohte den Amerikanern für den Fall eines Angriffs mit einem neuen Vietnam. `Unsere Straßen werden unsere Dschungel, unsere Gebäude unsere Sümpfe sein`. Wie ernst die US-Kommandeure diese Gefahr nehmen, lässt sich daran ablesen, dass sie seit September die Hälfte aller Infanterieverbände zum Häuserkampftraining nach Fort Polk im US-Bundesstaat Louisiana abkommandierten. In einer Simulation fanden die Marines heraus, wie schwierig es ist, eine Millionen-Stadt von der Größe Chicagos zu besetzen und zu kontrollieren: am Ende hatten die Kommandeure alle(!) US-Marines im Einsatz. Die Generäle befürchten hohe Verluste auf beiden Seiten und bei der irakischen Zivilbevölkerung. `Das ist unser Albtraum`, gestand der pensionierte Vier-Sterne-General John Hoar vor dem US-Senat“ (Rhein-Zeitung Koblenz, 2.1.03).

Dabei noch nicht bedacht sind zwei andere Horrorszenarien: Erstens: Die irakische Führung verfügt tatsächlich noch über bio-



logische und chemische Restbestände und setzt diese gegen die Angreifer ein. Zweitens: Saddam Hussein lässt Ölfelder anzünden, deren schwarze Rauchschwaden über Wochen und Monate Irak bedecken und für die Luftaufklärung der angloamerikanischen Streitkräfte sowie jegliche Zielplanung zum Problem werden dürften.

„Furcht vor einem blutigen Ende in Bagdad“, überschrieb die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 5.1.03 einen ausführlichen Beitrag: „Es gibt Experten wie Daryl Press vom Massachusetts Institut of Technology (MIT), die vom Krieg in der Stadt unter allen Umständen abraten, denn er opfere die eigenen Soldaten in einem Maße, das die amerikanische Gesellschaft niemals tolerieren werde. General Robert Scales vom Institut für strategische Studien der US Army pflichtete Press bei und fordert, auf Städte ausschließlich durch das Abschneiden von Kommunikationsverbindungen und Ressourcen wie Wasser, Strom und Lebensmitteln einzuwirken. Schon die Vorbereitung auf den Stadtkrieg, warnen Skeptiker, erzeuge einen täuschenden Anschein von Machbarkeit, auf den die Politik hereinfallen könnte. ... Es droht ein Endkampf in der Stadt mit grausigen Opfern – auch auf amerikanischer Seite. Bis zu drei von zehn US-Soldaten könnten verwundet oder getötet werden, befürchtet der Konteradmiral a.D. Stephen Baker, der am Center for Defense Information arbeitet.

„Washington hat seine erste Attacke auf den Irak gestartet. Tausende von Irakern fanden in den vergangenen Tagen in ihrer E-Mail-Box eine Nachricht mit verdecktem Absender vor. 'Gebt auf. Leistet Widerstand und lauft über. Kommt auf die andere Seite, sonst beginnen die Amerikaner den Krieg', lautet die Botschaft, hinter der das US-Militär steckt. (Welt am Sonntag, 12.1.03).

Der golfkriegserfahrene Außenminister Powell meinte gegenüber George W. Bush: „Es ist schön zu sagen, wir können es allein, es ist nur so: Man kann es nicht“ (in: Washington Post, 17.11.2002, zit. nach A. Szukala und Thomas Jäger, US-Innenpolitik und Irak-Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2003).

Als Hintergrundfolie aller militärischen Überlegungen dürfte – wie schon im NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien – auch diesmal wieder ein Konkurrenzkampf zwischen US-Army, US-Navy und US-Airforce toben, welche der Teilstreitkräfte für einen Irak-Krieg am wichtigsten ist – und bei den nächsten Haushaltsbeschlüssen entsprechend das größte Stück vom Haushaltskuchen bekommen wird.

1.2.3 Diplomatische Planungen

Als im Londoner Wilton Park unter der Schirmherrschaft des US-Außenministeriums sich irakische Oppositionsgruppen trafen, um die Zeit nach Saddam Hussein zu beraten, war dieser Ort von hoher symbolischer Bedeutung: „Als Konferenzzentrum wurde sie (die Tagungsstätte, Anm. C.R.) erstmals genutzt, als britische und deutsche Vertre-

ter ... den Übergang zu einem demokratischen System nach dem Ende des Nazi-Regimes diskutierten“ (Le Monde Diplomatique, Januar 2003). Le Monde Diplomatique berichtet weiter: „Dass solche Treffen stattfinden, wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die Dilemmata, die in der Irakpolitik der US-Regierung zutage treten, das heißt auf den erbitterten Kampf zwischen Außenministerium und CIA auf der einen und dem Vizepräsidenten, den neokonservativen Kräften in Pentagon und dem Kongress auf der anderen Seite. Im Hintergrund des Tagungsraumes sitzen als Beobachter zwei stumme Gäste aus Washington: Der eine ist Assistent des US-Vize-Verteidigungsministers Paul Wolfowitz, der andere ein höherer Mitarbeiter aus dem Stab von Vizepräsident Dick Cheney. Ob sie das Auftreten ihrer eigenen irakischen Marionetten beobachten oder ihre amerikanischen Rivalen aus dem State Department im Auge behalten sollen, lässt sich nur schwer ausmachen ... Die beiden beschriebenen Lager bemühten sich über die letzten zehn Jahre um politische Partner in der irakischen Opposition. Dabei setzte die realistische Schule auf den INA (Iraqi National Accord), eine Organisation ehemaliger Mitglieder der Baath-Partei, die einen begrenzten Staatsstreich befürwortet. Die neokonservativen Ideologen unterstützen dagegen den INC (Iraqi National Congress), der sich als liberale und prowestliche Organisation darstellt“.

In Taszar (Ungarn) wird eine größere Zahl von Exil-Irakern auf einer Militärbasis auf ihre künftigen Staatsaufgaben von US-Militärs zivil und militärisch vorbereitet.

„Amerika dreht durch“, schrieb der „international anerkannte Professor für Militär-

eine neue Dimension der Gewalt ein. Schon 1920 setzten sie, um Aufstände niederzuschlagen, Luftangriffe gegen Zivilisten ein, auch scheuten sie vor dem Einsatz von Gas nicht zurück. 1941 schlug die britische Luftwaffe einen Putsch gegen den probritischen König Abd al Ilah nieder. Nach den folgenden Exekutionswellen sollten sich die Iraker nie mehr mit den Briten und dem König, den dieses stützten, aussöhnen“ (FAZ, 13.1.2003).

Die Verstaatlichung der irakischen Erdölquellen 1972 war aus britisch-amerikanischer Sicht die folgenreichste Entscheidung, die der Irak gegenüber den angloamerikanischen Interessen überhaupt treffen konnte.

Als der britische Außenminister Jack Straw am 6.1.03 erklärte, die Wahrscheinlichkeit eines Krieges gegen Irak sei gesunken, die Chancen stünden „60:40“ dagegen, erlitt Tony Blair „angeblich einen Tobsuchtsanfall. Denn die Erfolgschance des Premiers bröckelt. 150 Labour-Abgeordnete wollen sich widersetzen, falls Blair die Nation ohne Uno-Beschluss in einen Irak-Feldzug führt. Grund genug, dass nun auch London auf eine Kriegsresolution der Uno setzt als Voraussetzung für einen Krieg“ (Der Spiegel, 13.1.03).

Nach Ansicht von Tony Blair, „könne durchaus auch bis zum Herbst mit einer Kriegsentscheidung gewartet werden, falls erforderlich. ... Derweil breitet sich das Virus der Rebellion weiter aus. Am Donnerstag wurde gemeldet, dass zwei Lokführer in Schottland sich geweigert haben, Waffen auf ihren Zügen mitzunehmen, die offenbar für den Golf bestimmt sind. Da sie die einzigen für Militärtransporte qualifizierte Personen auf ihrer Strecke waren, blieben die Waffen liegen und müssen nun wohl auf der Straße

befördert werden ... Es war das erste Mal seit 30 Jahren, dass britische Arbeiter den Abtransport britischer Waffen verhinderten“ (FR, 10.1.2003).

In einem Leserbrief (Die Zeit, 2.10.02) schrieb Hermann Scheer (MdB, SPD) über die Motive Tony Blairs, sich an die Seite George W. Bushs zu stellen: „Irak war 1921 eine britische Staatsgründung. Der britische Botschafter war in Personalunion Regionalchef des Ölkonzerns BP, der seit 1913 im britischen Staatsbesitz war. Der Einfachheit halber stellte BP am Anfang sogar die Staatsverwaltung Iraks. Zwei der berühmten sieben Weltmultis im Erdölgeschäft sind allein oder – im Fall Shell – überwiegend britisch. Großbritannien hat seit den neunziger Jahren 4000 Mann stand-by forces in der Region, was die britische Regierung jährlich mehrere Milliarden Dollar kostet. ... Auch wenn es nicht die einzige Erklärung sein muss: Nichts an der britischen Politik im Irak-Konflikt ist erklärbar ohne die außenpolitische Obhutrolle der britischen Regierung für BP und Shell, damit diese nicht im Interessengeflecht des US-dominierten Weltölgeschäfts an den Rand gedrängt werden“.

Das Verhalten Tony Blairs und George W. Bushs erinnert an eine Neuauflage der Kolonialpolitik vor rund einhundert Jahren.



Kerbala (Irak) nach dem 2. Golfkrieg und dem Schiiten-Aufstand 1991

geschichte und Strategie“ (Welt, 10.1.03), Martin van Creveld: „Niemand kann wissen, wohin die amerikanischen Abenteuer und Einschüchterungen führen werden. Folgende Geschichte kann jedoch als Mahnung dienen. Im Jahre 415 vor Christus war Athen nach dem Ersten Peloponnesischen Krieg gegen Sparta die stärkste Kraft im Mittelmeer. In einem Anfall von Hybris verwandelte sich die Demokratie in ein Räuber-Reich, griff Syrakus an und erlitt eine Niederlage, von der sich Athen nie erholte. Über die USA unter der Führung von Präsident Bush nur so viel: Wen die Götter zerstören wollen, den schlagen sie zuvor mit Blindheit“ (Welt, 10.1.03).

2. Zur Politik Großbritanniens

Großbritannien hat eine lange und blutige Kolonialbeziehung zu Irak. „Die Briten setzten die Fehler der Osmanen fort. Auch sie arbeiteten nur mit Teilen der sunnitisch-arabischen Elite zusammen. Zudem führten sie



3. Zur Erdölfrage

3.1. Konflikte um das irakische Öl

„Kaum irgendwo außerhalb Saudi Arabiens liegt so viel Öl so knapp unter der Erde, ist so einfach zu fördern, billiger auf den Markt zu schaffen – und von solcher Qualität“, schreibt „Der Spiegel“ (13.1.03) über das irakische Öl.

Im Dezember 2002 kam es zum Konflikt zwischen Irak und Russland über eine Vertragskündigung bezüglich der Erschließung des Ölfeldes West-Qurna-2, das von Irak dem russischen Erdölkonzern Lukoil zugesprochen worden war. Das 1997 geschlossene Abkommen hatte ein Investitions-Volumen seitens Lukoil von 6 Mrd. US-Dollar, bei voller Arbeitsleistung sollte das Ölfeld 20 Mrd. Dollar abwerfen.

„Russische Experten sehen in der Entscheidung Bagdads eine Reaktion auf die Zustimmung Moskaus zu der Irak-Resolution im UN-Sicherheitsrat (Nr. 1441 vom 8.11.02, Anm. C.R.). Auch Diplomaten im Nahen Osten bezeichnen die Aufkündigung des Vertrages als ‚Bestrafung‘. Die saudische Zeitung El Dschasira behauptete unter Berufung auf Diplomaten in Saudi Arabien, die Entscheidung Bagdads stehe im Zusammenhang mit dem Besuch des ‚Partei-chiefs eines Nachbarlandes‘ in Washington (gemeint ist der Vorsitzende der türkischen Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP, Recep Tayyip Erdogan, Anm. C.R.). Der Besucher habe versucht, US-Präsident George W. Bush davon zu überzeugen, dass die USA auch ohne Krieg Zugang zum irakischen Öl erhalten könnten. Um einen Beweis dafür zu liefern, hätten die Iraker anschließend den Vertrag mit der russischen Firma gekündigt und versprochen einer US-Firma den Zuschlag zu erteilen, ‚sobald sich die Lage beruhigt hat‘“ (FR, 17.12.02).

Die offizielle Begründung Bagdads für die Kündigung lautet: „Lukoil habe nicht genug investiert“ (Der Spiegel, 13.1.03). Der Lukoil-Mitarbeiter Nikolai Tokarew „gibt den USA und den russischen Erdölbossen selbst Schuld an dem dramatischen Rauschmiss“ und spricht von „Erpressungsversuch“: „Die Amerikaner hätten verlangt, dass Moskaus Firmen die irakische Opposition finanziell unterstützen, wenn sie denn nach einem Machtwechsel noch Geschäfte im Irak machen wollten. Er habe ‚im Gegensatz zu anderen‘ einen solchen Deal abgelehnt“ (Der Spiegel, 13.1.03).

Ahmed Saki al-Jamani, von 1962-1986 Erdölminister in Saudi Arabien, leitet heute das Centre for Global Energy Studies in London. Im „Spiegel“-Interview (13.1.03) meinte er, „die einzige sichere Energiequelle in der Größenordnung von Saudi Arabien ist der Irak, der Staat mit den zweitgrößten Erdölreserven der Welt. Nach unseren Studien sind die Schätzungen für Bagdad noch viel zu konservativ, die Vorkommen könnten diejenigen Saudi Arabiens erreichen. Das Öl ist von hoher Qualität, extrem leicht auszubehalten – und auf neuen, für die USA politisch ungefährlichen Wegen zu transportieren. SPIEGEL: Über welche Routen? Jamani: Weg vom Golf, übers Mittelmeer. Einmal

über die Türkei, den Hafen Ceyhan, vielleicht auch über einen sich dem Westen zuneigenden Staat Syrien. Diese Pipelines sind vorhanden. Ich bin sicher, die Amerikaner träumen noch einen anderen Traum: Irakisches Öl soll eines Tages über Haifa in den Westen transportiert werden. ... Sechs Millionen Barrel pro Tag aus dem von US-Kriegsschiffen geschützten Mittelmeer zu transportieren, das ist durchaus möglich. Und das bedeutet dann für die USA energiepolitische



Demonstration in Bonn, 24.11.90: Stoppt den Krieg am Golf

Unabhängigkeit von einem krisengeschüttelten und womöglich eines Tages islamistischen Saudi Arabien“.

Nach Angaben des „Energie-Fachdienstes ‚APS-Review‘ exportierten im Jahr 2001 nur drei andere Staaten mehr Öl in die USA als der Irak. ... Einige Experten vermuten, dass bis zu einem Viertel der Weltreserven unter dem Wüstensand des Irak lagern. Von 73 entdeckten Ölfeldern sind erst 15 erschlossen, und vieles spricht dafür, dass bei weitem noch nicht alle Vorräte entdeckt wurden. ... Jüngster Baustein der PR-Strategie Washingtons ... ist die Ankündigung, dass nicht Amerikaner, sondern ‚irakische Spezialisten‘ im Auftrag der Vereinten Nationen über die Rohstoffe wachen sollen. ‚Das irakische Öl gehört den Bürgern Iraks‘, erklärt dazu der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats Sean McCormack und fügt hinzu, die auf 30 Millionen Dollar pro Tag geschätzten Erlöse sollten ‚dem Land zu einer besseren Zukunft helfen‘. ... Zweistellige Milliardenbeträge seien allein notwendig, um die Schäden vergangener Krieg zu beheben sowie die veraltete Ausrüstung zu modernisieren. ... ‚Natürlich werden US-Unternehmen einen Löwenanteil vom irakischen Öl bekommen‘, meint dazu schon heute Ahmed Chalabi vom Irakischen Nationalkongress (INC), der als möglicher Übergangsführer im Gespräch ist. Darüber hinaus versprach er Washington, alle unter Saddam Hussein abgeschlossenen internationalen Öl-Verträge ‚kritisch zu überprüfen‘. Vor dem Ergebnis dieser Revision graut es Moskau und Paris schon heute. Denn falls sie nicht in letzter Minute auf den Kriegszug aufspringen, dürften sie am Ende mit leeren Händen dastehen. Der frühere CIA-Direktor James Woolsey, der als Verbindungsglied zwischen der irakischen Opposition und der US-Regierung fungiert, bringt die Sache so auf den Punkt: ‚Wenn Russen und Franzosen uns später einmal fragen, ob wir ihnen einen Kontakt nach Bag-

dad vermitteln könnten, werden wir leider die Telefonnummer nicht mehr finden‘. ... Wie viel Priorität die US-Regierung den irakischen Rohstoff-Schätzen tatsächlich einräumt, lässt sich auch daran ablesen, dass die Besetzung und Sicherung der Ölfelder zu den ersten militärischen Zielen der Amerikaner gehört“ (Rhein-Zeitung Koblenz, 6.1.03).

„Was Putin für die Duldung eines amerikanischen Angriffs auf Bagdad an Kompensation verlangt, worüber hinter den Kulissen gefeilscht wird, ist erst jetzt zu erkennen. Es lässt sich in einem Begriff zusammenfassen, den der Kreml-Herr inzwischen ebenso häufig gebraucht wie sein Kollege in Washington: ‚Energiepartnerschaft‘. Dahinter verbirgt sich eine Revolution auf dem Ressourcen-Weltmarkt. Russland will den USA Erdöl in großem Stil liefern; die Amerikaner sollen dafür bei der Ausbeutung vorhandener Felder und der Erschließung anderer mit Milliarden-Spritzen helfen“ (Der Spiegel, 13.1.03).

Die Bush-Regierung unterstützt das russische Ziel, eine eigene strategische Reserve anzulegen, um auf dem Weltmarkt je nach Bedarf die Produktion drosseln oder erhöhen zu können – und gleichzeitig Saudi Arabien diese Aufgabe streitig zu machen.

3.2. Kritik an der „Blut-für-Öl-Hypothese“

„Hören wir auf, der Welt Blödsinn zu erzählen“, schrieb der New York Times-Kolumnist Thomas Friedman: „Ja es geht ums Öl – das Verhalten von Bushs Team ist anders nicht zu erklären“ (Der Spiegel, 13.1.03).

Obwohl das Öl – und seine langfristige Sicherung – eine wichtige Rolle spielt, stellt es vermutlich nicht die entscheidende Triebfeder für den Irak-Krieg dar. Diese These klingt zunächst ungewöhnlich, da keine US-Regierung zuvor so enge Beziehungen zur Ölwirtschaft hatte und noch immer hat wie die Bush-Administration.

Nach Ansicht von Andrea Szukala und Thomas Jäger ist es nicht die Öl-Lobby, die auf einen Krieg drängt: „Erstens: Diejenigen Republikaner, die sich bisher in einer ersten hitzigen Debatte gegen den Krieg ausgesprochen haben, vertreten zum Teil als Ehemalige der ersten Bush-Administration heute ökonomische Interessen im Mittleren Osten. James Baker, Lawrence Eagleburger, Brent Scowcroft haben sich seit August 2002 mit öffentlichen Stellungnahmen gegen unilaterale militärische Maßnahmen gegen den Irak ausgesprochen.

Zweitens: Die Interessen einzelner amerikanischer Firmen sind bisher nicht politisch bestimmend, da sie häufig bereits in das Food-for-Oil-Programm involviert sind und kostengünstiger zu Förderverträgen im zweitgrößten Förderland der Welt kommen könnten – etwa durch eine Rehabilitierung Saddams. ... Schon länger lässt sich beobachten, dass multinationale Firmen weniger an einem riskanten Einstieg in langfristige Erschließungsprojekte von Ölvorkommen als an einer mittelfristigen Sicherung rentabler Investitionen interessiert sind. In einer Situation des relativen Überangebots von Öl auf dem Weltmarkt ... sind Investitionen in



den Irak – der derzeit nur 3% zur Weltproduktion beiträgt – wenig ertragsversprechend, dafür umso riskanter.

Drittens: Ökonomische Argumente werden daher von der dritten Gruppe, dem konservativen Kern der Administration, stets nur politisch verwandt – bis zu der Überlegung, dass ein Regimewechsel im Irak die Bedeutung der OPEC für die globale Ölpolitik drastisch reduzieren könnte. Bei den Überlegungen des State Department über die Zukunft des Irak (Future of Iraq Project, seit Juli 2002) jedenfalls spielt die Frage nach den Auswirkungen eines Krieges auf die Ölmärkte und die irakische Ölpolitik überraschenderweise keine Rolle. Aus den schon zu beobachtenden Verhandlungen der amerikanischen Ölwirtschaft mit dem irakischen Nationalkongress kann nicht deutlich darauf geschlossen werden, dass die Unternehmen eine militärische Lösung des Konfliktes bevorzugen. ... Das 'Ölinteresse' in der Irak-Krise spielt für die inneramerikanische Debatte eine geringere Rolle als für die Diskussion mit den Alliierten im Kampf gegen den Terrorismus: Öl stand angeblich – so die offizielle Sprachregelung – bei den bilateralen Verhandlungen mit Russland und Frankreich nicht zur Debatte“ (Blätter 1/2003).

Kritik an der „Blut für Öl“-Hypothese formuliert auch Friedemann Müller von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin: „Die folgenden fünf Thesen versuchen, gegenüber der monokausalen „Blut-für-Öl“-These die reale Komplexität in mehr als einer Dimension darzustellen.

1. Die USA haben das geringste Versorgungssicherheitsproblem: Wenn es ein Problem mit der Versorgung durch den Golf gibt, dann an erster Stelle für Japan und ganz Asien, an zweiter für Europa und an letzter für die USA. Japan deckt 78% seines gesamten Ölverbrauchs durch Lieferungen aus dem Golf ab, der asiatisch-pazifische Raum insgesamt (Ostasien einschließlich China, Südasiens und der westpazifische Raum) 55%, Europa 22% und die USA 14% (siehe BP Statistical Review of World Energy, Juni 2002, S.18).

2. Status quo als Optimum: Gegenüber dem Status quo ante – also etwa dem ersten Halbjahr 2002, bevor der drohende Krieg den Ölpreis beeinflusste – schuf ein Krieg für die amerikanischen Ölinteressen mehr Risiko als Nutzen. Die OPEC hat im Jahr 2000 den Preiskorridor zwischen 22 und 28 US-Dollar (USD) pro Barrel eingeführt. Bei Unter- oder Überschreiten dieser Margen würde sie durch Angebotserhöhung oder -senkung intervenieren. Dies hat mit Ausnahme der unmittelbaren Folgen des 11. September (wo der Preis wegen fehlender Nachfrage unter 22 USD fiel) bis Dezember 2002 funktioniert. Die Zeit arbeitet aber für die OPEC und ihr Instrument, da ihr Anteil an der Weltversorgung mangels potenter alternativer Anbieter langfristig steigt. Deshalb ist zu erwarten, dass ihr Potential gestärkt wird, den Preis innerhalb des Korridors zu halten. Diese Preisstabilisierung liegt im amerikanischen wie im OPEC-Interesse. Die amerika-

nische Ölindustrie wünscht, dass der Preis nicht unter 22 USD sinkt, der amerikanische Verbraucher, dass der Preis nicht über 28 USD steigt. Das Funktionieren dieses Mechanismus ist, wie die OPEC als Ganzes, durch einen Krieg auf's Höchste gefährdet.

3. Ölmultis als eigenständiger Spieler: Zwar sind die großen Ölfirmen, historisch gesehen, Produkte aus der Zeit des Imperialismus' und bis zum Zweiten Weltkrieg auch als machtpolitische Instrumente für nationalstaatliche Interessen eingesetzt worden. Doch die Globalisierung hat die Spielregeln grundsätzlich verändert. Ölmultis sind wirklich multinationale Unternehmen, deren Hauptaufgabe es ist, Geld zu verdienen, um ihre Aktionäre (Shareholders) zufriedener zu stellen. Dies können sie besser durch ihre internationale Verflechtung, als wenn sie an der Leine nationaler Regierungen agieren. Zwar legen sie Wert darauf, dass Staaten günstige Rahmenbedingungen schaffen (Sicherheit, verlässliche Rechtsordnung, niedrige Steuern und Zölle etc.), aber ihre Geschäftspartner suchen sie nach nicht-nationalen Kriterien aus. Deshalb drängen amerikanische Firmen nicht mehr als andere darauf, im Irak eine klare Geschäftsgrundlage zu schaffen. Möglicherweise drängen sie überhaupt nicht darauf, weil die Erschließung des Irak angesichts eines durchaus gesättigten Weltmarktes in der Tendenz den Ölpreis senkt und damit andere Engagements weniger rentabel macht. Es kann nicht im Interesse der USA liegen, die seit drei Jahren bestehende preisstabilisierende Politik der OPEC zu untergraben.



Tigrisbrücke nach dem 2. Golfkrieg und dem Schiiten-Aufstand 1991

4. Ersatz für Saudi Arabien: Die These, dass die USA längerfristig das seit dem 11. September 2001 nicht mehr als verlässlich eingestufte Saudi Arabien durch Irak als Öllieferant ersetzen wollen, ist nicht haltbar. Saudi Arabien produziert zur Zeit ca. 7,7 Millionen Barrel pro Tag (mbd), Irak ca. 2 mbd. Nach einer seriösen Schätzung des „Petroleum Economist“ könnte Irak bei entsprechenden Investitionen frühestens im Jahr 2010 eine Produktion von 7 mbd bereitstellen. Die Internationale Energieagentur (der OECD) schätzt, dass die Golfregion ihre Produktion in diesem Jahrzehnt (2000-2010) von 21 auf 26,5 mbd und bis 2020 auf 37,8 mbd ausweiten muss, um die Weltnachfrage zu befriedigen (siehe International Energy Agency, World Energy Outlook 2002, Paris 2002 S.96). Wie soll dies funktionieren, wenn auf den größten Produzenten nicht mehr gezählt werden kann? Keine weltweite Anstrengung kann Saudi Arabien als Ölliefer-

ranten ersetzen. Eine Gefährdung der Stabilität Saudi Arabiens trägt ein hohes Risiko für den Weltölmarkt in sich.

5. Machtfrage: Die Unterstellung, die USA könnten mit der Besetzung des Irak die gesamte Ölproduktion der Region unter ihre Kontrolle bringen und damit die Ölzufuhr für potentielle Rivalen wie China abschneiden, kommt fast 30 Jahre, mindestens jedoch zwölf Jahre zu spät. 95% des vom Golf exportierten Öls fließt durch die Straße von Hormusz, 60% davon nach Asien. Länder wie China, Indien, Japan und Südkorea sind mehr als alle westlichen Industrieländer von diesem Ölfluß abhängig, den die USA jedoch durch ihre Marine schon längst kontrollieren. Eine Kontrolle der irakischen Ölwirtschaft schafft keinen Machtzugewinn.

Es gibt allen Grund, besorgt zu sein, dass ein Krieg im Irak, zum Beispiel durch einen Angriff auf den Hauptölverteilerhafen in Saudi Arabien, einen Teil des Ölflusses aus dem Golf zum Erliegen bringt. Wenn ein Fünftel des exportierten Golf-Öls ausfallen würde, würde dies die Welt nicht nur vor ein Versorgungsproblem im Energiesektor stellen, es würde eine globale Wirtschaftskrise auslösen, die in ihrer Dimension jedenfalls die von 1973 übersteigt und nach oben offen wäre“. (http://swp-berlin.org/produkte/brennpunkte/blut_fuer_oelB.htm).

4. Zur Wirtschaftsfrage

Lawrence Lindsey, der inzwischen abgesetzte Chiefwirtschaftsberater von Präsident George W. Bush, ließ im November 2002 keine Zweifel über die Ziele der US-Politik gegenüber Irak: „Wenn es einen Regimewechsel im Irak gibt, kommen täglich drei bis fünf Millionen Barrel Erdöl zusätzlich auf den Markt. Eine erfolgreiche Durchführung des Krieges würde der Ökonomie gut tun“ (Der Spiegel, 13.1.03).

Auch Ex-CIA-Chef James Woolsey sprach Klartext: „Saddam ist ein Sicherheitsproblem auch deshalb, weil er die Weltwirtschaft kurzfristig ruinieren kann. Entweder man betreibt Appeasement mit Folgen wie damals in Hitler-Deutschland, oder man schlägt rechtzeitig zu“ (Der Spiegel, 13.1.03).

Das von George W. Bush benutzte Argument, „Saddam könne Amerika angreifen und 'die US-Wirtschaft verkrüppeln' ist so weit hergeholt, dass es die 'New York Times' schlicht 'peinlich' nennt“ (Der Spiegel, 13.1.03).

„Wenn der irakische Diktator Saddam Hussein wissen will, wie lange er voraussichtlich noch an der Macht sein wird, dann muss er dreierlei im Auge behalten: amerikanische Meinungsumfragen, die Kurse an der Wall Street und den Sitzungskalender von Senat und Repräsentantenhaus: Denn US-Präsident George Bush wird seinen immer wieder angekündigten Angriff auf Bagdad letztlich von innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Faktoren abhängig machen“, begann Wolfgang Koydl seinen Artikel „Bereit fürs Abenteuer in Bagdad“ (Süddeutsche Zeitung, 19.7.2002).



Nach Enron- und Worldcom-Konkursen stehen Vizepräsident Cheney als ehemaliger Chef des weltweit größten Ölindustriezulieferers „Hulliburton“ wie auch George W. Bush als ehemaliger Top-Manager des Öldienstleistungsunternehmens „Harken Öl“ wegen Bilanzfälschungen und ihrer Verwicklung in Insidergeschäfte in der öffentlichen Kritik.

Einer der führenden US-Ökonomen, Paul Krugmann, erklärte Anfang 2002, dass sich die Enron-Pleite einmal rückblickend als bedeutsamerer Wendepunkt für die US-Gesellschaft erweisen würde als die Zerstörung des World Trade Centers. Winfried Wolf beschreibt die Grunddaten der US-Wirtschaft in seinem Beitrag „Terror der Ökonomie“, junge Welt, 27./28.7.02:

Obwohl die USA weltweit rund die Hälfte aller Auslandsdirektinvestitionen tätigen, sieht es in der Gesamtschau derzeit sehr düster aus:

– Nach fünf Jahren Haushaltsplus endete am 30.9.02 das US-Wirtschaftsjahr mit einem Minus von ca. 165 Milliarden US-Dollar.
– Die per Gesetz auf 5590 Milliarden Dollar festgelegte Obergrenze für die öffentliche Verschuldung musste im Juni 2002 – mit Verweis auf höhere Gewalt – angehoben werden.

– Die Schulden der privaten Haushalte liegen aktuell bei 108 Prozent des Bruttoinlandproduktes, was einen Spitzenwert innerhalb der OECD-Staaten darstellt.

– Das Nettovermögen der privaten Haushalte, bereinigt um die Inflation, sank von einem Spitzenwert im ersten Quartal 2000 bis zu seinem vorläufigen Tiefpunkt im 3. Quartal 2001 um 12,3 Prozent oder umgerechnet ca. 400 Milliarden Dollar, was 40 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht.

– Wegen der weltweiten Konjunkturschwäche und der Abwertung des Dollars vergrößerte sich das US-Leistungsbilanzdefizit im ersten Quartal 2002 auf ein Rekordminus von 112 Milliarden Dollar. Schon seit vielen Jahren krankt die US-Wirtschaft daran, dass sie unverhältnismäßig mehr Waren importiert als exportiert.

– Japanische Anleger halten rund ein Drittel aller US-Staatsanleihen. Hält die Krise in Japan weiter an und wird dieses Kapital in Zukunft entweder an der asiatischen Heimatfront oder im zunehmend lukrativeren Euroland angelegt, gerät die US-Wirtschaft noch tiefer ins Trudeln.

Während der jährliche US-Verteidigungshaushalt bis 2007 auf die astronomische Summe von 451 Milliarden US-Dollar angehoben werden soll, erwägen 17 US-amerikanische Bundesstaaten, die Schulwoche auf vier Tage zu reduzieren, weil sie die Lehrkräfte nicht mehr bezahlen können.

Der ehemalige Wirtschaftsberater George W. Bushs, Lawrence Lindsey, „kassierte einen Ruffel, als er im September `100 bis 200 Milliarden US-Dollar` auf das Preisschild für eine neue Konfrontation mit dem Irak schrieb. Das unabhängige `Congressional

Budget Office`, das im Capitol für die Projektion des Haushaltes zuständig ist, schätzt reine Kosten für eine kurze und erfolgreiche Militäraktion auf rund 50 Milliarden US-Dollar. Doch damit ist es bei weitem nicht getan. ... Yale Professor Nordhaus stellte in seiner Analyse `zur eigenen Überraschung` fest, `dass die reinen Militärkosten nur einen Bruchteil der Gesamtausgaben ausmachen`.... Sein Ergebnis: Die Lasten eines Irakkrieges schwanken für die Volkswirtschaft zwischen 121 Milliarden US-Dollar und 1,6 Billionen. ... Das in Washington angesiedelte `Center for Strategic Studies` kommt zu einer leicht positiveren Einschätzung. Die Wahrscheinlichkeit für das `Worst-Case-Szenario` wird hier zwischen 5 und 10 Prozent, die für den günstigsten Fall zwischen 40 und 60 Prozent eingeschätzt“ (Rhein-Zeitung Koblenz, 3.1.03).

Da diesmal die Verbündeten nicht wie 1991 rund 80% der Kosten übernehmen werden, bleibt der Löwenanteil beim us-amerikanischen Steuervolk. „In Frage kämen Ausgabenkürzungen, höhere Steuern, Leitzinserhöhungen verbunden mit steigenden Immobilienkosten“ meint die Rhein-Zeitung Koblenz, 3.1.03.

5. Zur US-Rüstungslobby

Am 22.4.02 berichtete die Frankfurter Rundschau, dass die US-Rüstungsindustrie „einen Boom wie seit 20 Jahren nicht mehr“ erlebt und führte aus:

„Sollten die Pläne für eine Militäroffensive gegen Irak wahr werden, kann die US-Rüstungsindustrie auf weitere Wachstumsimpulse hoffen. Rüstungsaktien sind nach Ein-

gefüllt werden muss. So weitete Boeing in St. Charles/Missouri den Schichtdienst aus, um die Produktion von JDAM- Präzisionssystemen für die `smart bombs` anzukurbeln. Derzeit sind die Vorräte so erschöpft, dass nach Meinung mancher Experten ein Angriff auf Irak gar nicht möglich wäre“.

Im zweiten Halbjahr 2002 allerdings rutschten die Aktienkurse der großen Rüstungskonzerne gewaltig in den Keller. „Rüstungsaktien trotz Irakkrise im Minus“ titelte die Süddeutsche Zeitung am 28.1.03 und sah vor allem die Strukturprobleme der US-Rüstungsindustrie als Grund an. Im Zeitraum Dezember 2001 bis Dezember 2002 haben die Rüstungswerte der größten US-Konzerne erhebliche Minuszahlen eingefahren: General Dynamics -23,44%, Raytheon -16,18%, Northrop -17,52%; Boeing -24,33%. Lediglich Lockheed Martin konnte ein minimales Plus von 0,04% vorweisen.

Am 26.4.01 berichtete die FR über Stellenbesetzungen der Bush-Administration: „US-Präsident Bush hat Ende April die Stellvertreter von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und die Chefs der Teilstreitkräfte benannt. In James Roche vom Rüstungsunternehmen Northrop Grumman sieht er den geeigneten Luftwaffenminister. Für das Heer hat er Thomas White von der Firma Enron Energy ausgesucht und als neuen Marineminister den Vizepräsidenten des Rüstungsunternehmens General Dynamics“.

Andrea Szukala und Thomas Jäger bilanzieren: „Ergiebiger als die Ölthese ist die Annahme eines engen Zusammenspiels einflussreicher Vertreter der Administration mit der Rüstungsindustrie. Der Star Warrior Rumsfeld und andere, die sich in den 90er Jahren in die von großen Unternehmen wie etwa Lockheed Martin und Boeing großzügig ausgestatteten Stiftungen und Institute zurückgezogen hatten, steuern heute einen militärischen Beschaffungsprozess, der seinesgleichen in der Geschichte der amerikanischen Rüstungsindustrie sucht. Zu diesem Vorgang bildet die New Strategy die normative Folie. ... Für das Verständnis sind zwei parallele Prozesse zentral: Erstens hat ein Teil der US-Administration die Chance ergriffen,



Basra (Irak) nach dem 2. Golfkrieg und dem Schiiten-Aufstand 1991

schätzung von Experten in jedem Fall auf längere Sicht eine sichere Anlage. Allein bei den vier Branchenriesen Lockheed Martin, Northrop Grumman, Raytheon und General Dynamics stiegen die Aktienwerte seit den Anschlägen vom 11. September zusammen um 44 Prozent. Nicht nur, dass der Krieg kurzzeitig die Produktion ankurbelt, indem Nachschub an Bomben, Ersatzteilen und sonstigen Rüstungsgütern geliefert werden muss. Vor allem ist es die Hoffnung auf eine längerfristige Serie lukrativer Aufträge, die die Aktienkurse `dramatisch` in die Höhe schießen lassen, sagt Paul Nisbet von JSA Research, einem Forschungsinstitut der Luftfahrtbranche. Der Afghanistankrieg hat die Waffenarsenale an mancher Stelle weitgehend geleert, so dass jetzt erst einmal nach-

ein lange diskutiertes außenpolitisches Programm der Militarisierung der Außenpolitik auf den Weg zu bringen. Und zweitens ist der Präsident, um bestimmte Anforderungen der öffentlichen Meinung zu erfüllen, diesem Vorhaben teilweise gefolgt“ (Blätter 1/2003).

Shimshon Bichler, Professor an mehreren israelischen Universitäten, und Jonathan Nitzan, Volkswirtschaftler an der York-Universität in Kanada, beschreiben in ihrem neuesten Buch „The Global Political Economy of Israel“ (London 2002) die globale Kapitalakkumulation und die neuen Kriege im Nahen Osten. Beide sehen eine wesentliche Ursache der derzeitigen Situation in der Auseinandersetzung zwischen der Öl- und Rüstungs-Koalition auf der einen und der



immer stärker werdenden, aus Unternehmensübernahmen hervorgegangenen Allianz von Informationstechnologie-Unternehmen, die sie „Techno- und Fusionsdollar-Koalition“ nennen. Während im Öl- und Rüstungssektor noch 1973 19% der weltweiten Unternehmensgewinne getätigt wurden, 1980 sogar 21%, fiel dieser Wert insbesondere durch das Ende des Kalten Krieges auf magere 3% Ende des Jahres 2000. Im Informationstechnologiesektor dagegen wurden 1973 erst rund 6% der weltweiten Netto-Unternehmensgewinne erlöst, Ende 2000 waren es dagegen 15%.

Die beiden Professoren sehen als zentrales Problem „die Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Wirtschaftsformationen: Die Waffen- und Petrodollar-Koalition versucht nach einer Dekade der Rezession erneut, Konflikt und Stagflation zu schüren; und bisher scheint sie dafür ganz deutlich politischen Rückenwind zu erhalten. Aber die Entscheidung in diesem Wettstreit steht noch aus. Die Techno- und Fusionsdollar-Koalition, deren Prosperität von neoliberalen Freihandel, einem wachsenden Hightech-Markt und transnationalen Konzernfusionen abhängt, hat bei einer solchen Entwicklung viel zu verlieren. Nach der Erholung von dem anfänglichen Schock nach dem 11. September beginnen ihre Vertreter sowohl in Europa als auch in den USA, ihre Einwände gegen eine weitere Konflikteskalation, einschließlich Washingtons Unterstützung für Sharon und den geplanten Waffengang gegen Irak, zu artikulieren“ (inamo – Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten, Winter 2002).

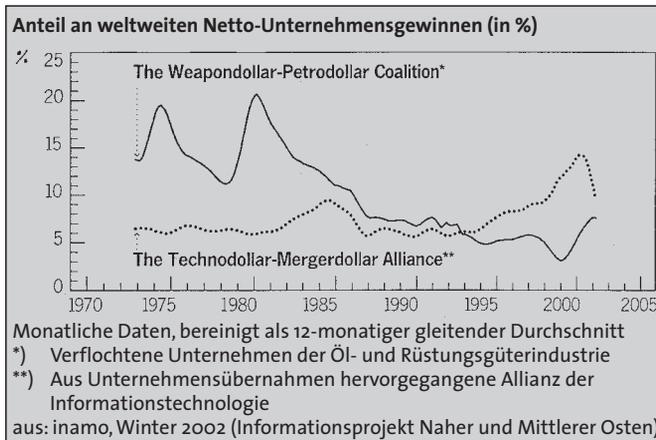
6. Israel und Irak

Im ersten arabisch-israelischen Krieg 1948 „standen die irakischen Truppen 15 Kilometer vor Tel Aviv, als die UN einen Waffenstillstand durchsetzten, den die jüdischen Soldaten zu ihren Gunsten nutzten. Bis heute hält sich im Irak die Meinung, dass die Briten und die Vereinten Nationen sie um den Sieg betrogen haben“ (FAZ, 13.1.03).

Am 7. Juni 1981 zerstörte die israelische Luftwaffe den im Bau befindlichen Atomreaktor Osirak in der Nähe Bagdads. Bei der anschließenden Verurteilung Israels im UN-Sicherheitsrat legten die USA in einem der wenigen Fälle gegenüber Israel kein Veto ein.

Die Raketenangriffe Iraks auf israelische Städte im Frühjahr 1991 und die „danach anhaltende anti-israelische Rhetorik Saddam Husseins war nicht nur ein wichtiger Grund für das israelische Drängen, die seit dem Dezember 1998 unterbrochenen Waffeninspektionen im Irak wieder aufzunehmen, sondern verstärkte in den USA entsprechende Stimmen. Denn auf Grund der engen amerikanisch-israelischen Beziehungen ... begreifen sich die USA als Schutzmacht der politischen Souveränität und territorialen Integrität Israels. Daher ist ein zentraler Grund für die verschärfte Irak-Politik der Bush-Administration gerade eben die irakische Politik gegenüber Israel. ... Dass das israelische Kalkül aber weiter geht und einen

Regimewechsel in Bagdad anstrebt, unterstrich der damalige Außenminister Peres am 17. September 2002 in der israelischen Zeitung Ha'aretz, als er sein Land „... einen loyal soldier in support of the United States in its quest to dislodge Saddam Hussein“ nannte. Auch sein Nachfolger, der ehemalige Mi-



nisterpräsident Netanjahu, hat in seiner Erklärung vor dem Government Reform Committee des US-Repräsentantenhauses am 20. September 2002 die amerikanische Politik nachdrücklich unterstützt und die Bush-Administration zum Handeln aufgefordert. ... Zudem hat Israel aktiv Gegenmaßnahmen ergriffen. Seit Anfang September 2002 sollen israelische Sondereinsatzkräfte im Westen des Irak nach versteckten Abschussrampen für Scud-Raketen und Massenvernichtungswaffen suchen. Israel operiere dort mit Wissen und Billigung der jordanischen Regierung, so ein Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die Elitesoldaten sollten den USA auch Daten für einen Lageplan mit jenen Zielen liefern, die im Kriegsfall als erste zerstört werden müssten. Israel und Jordanien einigten sich angeblich darauf, dass Israel im Fall eines Irak-Kriegs mit Kampfflugzeugen den jordanischen Luftraum nutzen dürfe. Im Gegenzug soll die Regierung Sharon keine Einwände gegen den Wunsch des jordanischen Königs erhoben haben, nach einem Irak-Krieg den sunnitischen Teil Iraks Jordanien anzugliedern. Anders als 1991 sein Amtsvorgänger Schamir hat Ministerpräsident Sharon keinen Zweifel daran gelassen, dass Israel nunmehr im Falle eines irakischen Angriffs zurückschlagen werde, mehr noch: Eine nicht-konventionelle Attacke würde automatisch einen israelischen Nuklearschlag nach sich ziehen. ... Eine israelische Intervention würde jedoch den Zusammenhalt der fragilen Anti-Irak-Koalition, die die Bush-Administration geschmiedet hat, in Frage stellen“ (Markus Kaim, Das israelische Irak-Dilemma, in: A. Pradetto, Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002, Studien zur Internationalen Politik, hg. vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg, Heft 1/2003, S. 107ff).

„Die Mehrheit der israelischen Hightech-Firmen, wie Comverse, Check Point, Amdocs und Teva, sind weitgehend nur dem Namen nach israelisch, ihre Aktien sind an der New Yorker Börse gelistet und ihre Wirtschaftsaktivitäten überwiegend ins Ausland verla-

gert. Die israelischen Start-up-Unternehmen sind größtenteils von einem `verkehrten Kannibalismus` getrieben und versuchen, sich unter allen Umständen von einem globalen Konzern übernehmen zu lassen. Die israelische Wirtschaft orientiert sich ausnahmslos nach außen. ... Im selben Maße wie die israelische Wirtschaftselite transnational geworden ist, hat sie die nationale Stabilität eingebüßt, auf die sie zurückgreifen könnte. Gleichzeitig fehlte es der Elite an Konzepten, dieser Entwicklung zu begegnen. Globalisierte Wirtschaftsbeziehungen erforderten Frieden, während gerade diese Globalisierung selbst zur Unterminierung der Entwicklung eines solchen Friedens beitrug“, schreiben die beiden Professoren Shimshon Bichler (Israel) und Jonathan Nitzan (Kanada), (in: inamo, Winter 2002, S.32ff).

Sicherheitspolitisch fordert die irakische Führung, die UN-Resolution 687 gegenüber Irak in allen ihren Teilen ernst zu nehmen. Nach dieser Resolution soll nicht nur das ABC-Waffenpotential Iraks abgerüstet werden, sondern darüber hinaus das der gesamten Region – was auch die israelischen Atomraketen betrifft.

Bis in hohe Regierungskreise vertreten israelische Politiker, dass es bereits einen Staat Palästina gebe: Jordanien. Im Falle einer Eskalation des Krieges gegen Irak ist nicht auszuschließen, dass es zu einem beschönigend genannten „Transfer“, also zu einer massiven Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus dem Westjordanland in angrenzende arabische Nachbarstaaten kommt.

7. Zur Politik Frankreichs und der EU

„Rund drei Viertel der Franzosen sind gegen eine Militärintervention im Irak. Das geht aus zwei Zeitungsumfragen hervor. Laut `Figaro` sprachen sich 77 Prozent gegen einen Irak-Krieg aus, laut `Le Parisien` 66 Prozent. Für einen Kriegseinsatz waren in beiden Fällen weniger als 25 Prozent der Befragten“ (Rhein-Zeitung Koblenz, 10.1.03).

„In der EU wächst der Widerstand gegen einen möglichen Irak-Krieg. Wenn die UN-Inspektoren keine Beweise für Massenvernichtungswaffen fänden, wäre ein Krieg `sehr schwer` zu rechtfertigen, sagte EU-Chefdiplomat Javier Solana. ... Frankreich bleibt nach Darstellung von Premierminister Jean-Pierre Raffarin `entschlossen, sich dem Krieg zu widersetzen` ... `Wir wollen keinen Krieg` betonte auch der griechische Ministerpräsident Kostas Simitis nach einer Sitzung mit der EU-Kommission am Freitag (10.1.03, Anm. C.R.) in Athen. In Athen wurde Schröders Entscheidung, wie Frankreich und Großbritannien im UN-Sicherheitsrat auf eine zweite Resolution zu dringen, falls Irak gegen die Resolution 1441 verstoße, mit Erleichterung aufgenommen. Damit scheint ein Hindernis für eine gemeinsame Position aus dem Weg geräumt“ (FR, 11.1.03).

Die Hoffnungen in der arabischen Welt ruhen auf diplomatischen Initiativen Europas: „Europa ist in der Region eher akzeptiert. Allein Europa kann zwischen der Beseitigung



des irakischen Regimes und dem totalen Krieg gegen die Araber und den Islam unterscheiden. Europa könnte einen Plan für den Irak entwickeln, der die Umstände des Landes, des Volkes und seiner Kräfte berücksichtigt, anstatt es in eine Etappe innerhalb der internationalen Verfolgungsjagd zu verwandeln. Europa würde, so hoffen wir, vielleicht weniger provokativ, um nicht zu sagen: weniger rassistisch auftreten“, schreibt Abbas Beydon, Lyriker und Feuilletonchef der libanesischen Tageszeitung „as-Safir“ in der „Zeit“, 9.1.03.

Der langjährige Außenminister Hans-Dietrich Genscher mischte sich mit einem Gastbeitrag in der Mitteldeutschen Zeitung am 8.1.03 in die Diskussion ein: „Es ist Sache Europas, den eigentlichen Nahost-Konflikt zwischen Israel und Palästinensern wieder ganz oben an auf die Tagesordnung zu setzen. Deutschland sollte sich auf die Herbeiführung einer europäischen Position konzentrieren, in der der Politik vor der Anwendung militärischer Gewalt der gebotene Vorrang verschafft wird“.

Mit ihrer Erklärung zur Unterstützung der US-Kriegspolitik gegenüber Irak haben acht europäische Staaten einer zivilen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik einen Bärendienst erwiesen.

8. Zur deutschen Politik

„Bundeskanzler Gerhard Schröder kündigte an, `alles` zu tun, um einen Krieg zu verhindern“, berichtete die FR am 11.1.03.

Anfang Januar verließen „erste Schwervertransporte die Garnisonen des V. Korps in Deutschland. Seine Divisionen sollen einen Großteil der schweren Kampftruppen einer Invasionsarmee stellen. Um das reichhaltige Kriegsmaterial aus Depots auf deutschem Boden rasch in die Krisenregion schaffen zu können, bemühten sich Briten und Amerikaner um die Anmietung zusätzlicher Roll-on-roll-off-Schiffe“, so „Der Spiegel“, 13.1.03.

„Es war nur eine kleine Meldung am Rande: Die 101. Airborne Division der US Army (Fort Campbell, Kentucky) wurde in Alarmbereitschaft versetzt. Wie viele andere. Aber es ist keine Einheit wie viele andere. Soldaten dieser Division waren es, die am 17. Januar 1991 die ersten Schüsse der Operation `Desert Storm` abgaben; mit Beginn des Bodenkriegs erhielt der Verband sodann den Befehl, tief in irakisches Territorium vorzudringen“, meldete die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 5.1.03.

Die 101. Airborne Division machte sich nicht direkt auf den Weg Richtung Irak, sondern landete zunächst einmal in Deutschland.

„In Deutschland proben die US-Streitkräfte den Irak-Krieg. Dies meldete am Dienstag (7.1.03, Anm. C.R.) das Kriegstagebuch des privaten US-Nachrichtendienstes Stratfor. Laut Stratfor sollen sich Kommandeure und anderes Personal in Grafenwöhr Ende des Monats zur Simulation des Irak-Kriegs treffen. Über 1000 Soldaten würden dort ein `war game` führen. Truppen der 101. Airborne Division und der 1. Cavalry Division aus

den USA sollen zusammen mit der 1. Armored und 1. Infantry Division, die Teile des V. US-Corps in Deutschland sind, zehn Tage lang das Manöver durchführen“, berichtete die „junge Welt“, 8.1.03.

„Mit Awacs auf politischem Blindflug über Absurdistan“ lautete die Überschrift in der FR, 13.12.02: „Awacs-Flugzeuge, sagt der Kanzler, seien keine Instrumente, mit denen man operativ Krieg führen könne. Das stimmt so nicht. ... Die Awacs-Maschinen aber sind fliegende Gefechtsstände. ... Der verteidigungspolitische Sprecher der Uni-



Kerbala (Irak) nach dem 2. Golfkrieg und dem Schiiten-Aufstand 1991

onsfraktion, Christian Schmidt (CSU), fragt sich angesichts der Rabulistik („Rabulist“ laut Duden: Wortverdrehler, Haarspalter, Anm. C.R.) des Kanzlers: `Wieso sagt er nicht die Wahrheit, dass eine Awacs-Beteiligung deutscher Soldaten mit einem Kampfeinsatz gleichzusetzen ist?`“.

In der Zeitschrift „inamo“ (Winter 2002) war zu lesen, dass die in Kuwait stationierten deutschen ABC-Abwehrkräfte sich sehr konkret auf einen Krieg gegen Irak vorbereiten. „22.10.02// Laut al Hayat finden zur Zeit in Kuwait gemeinsame Übungen von kuwaitischen, amerikanischen, tschechischen und deutschen Einheiten statt. Diese Übungen, an denen auch internationale Spezialisten teilnehmen und die in der Nähe des Flughafens stattfinden, sind speziell ausgerichtet auf einen Krieg mit nuklearen, chemischen und biologischen Waffen“.

Winfried Nachtwei (B90/Die Grünen) legte offen, dass die US-Wunschliste an die deutsche Politik noch weit länger war als allgemein bekannt – und die rot-grüne Regierung in einigen Fällen „Nein“ sagte: „Schwarz auf weiß lehnte die Bundesregierung die US-Anfrage nach Militärpolizei, regionaler Raketenabwehr, ABC-Abwehrkapazitäten und Hilfen für den Wiederaufbau ab. Man soll sich nicht täuschen: Von einer kriegswilligen Bundesrepublik könnte noch einiges mehr angefordert werden. ... Die Gewährung von Überflugrechten etc. richtet sich nach Stationierungs- und Völkerrecht. Daraus ergeben sich für eine Bundesregierung, die an Recht und Verträge gebunden ist, Verpflichtungen, aber auch Grenzen“ (FR, 9.1.03).

Wie eng diese Grenzen sind, aber auch, welche Spielräume bestehen, führte Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, aus: Würde „die deutsche Regierung im Falle eines US-Krieges gegen den Irak widerspruchslos dulden, dass die US-Militärbasen in Deutschland sowie der deutsche Luftraum von US-Militärflugzeugen und ihrem Personal im Rahmen offenkundig völkerrechtswidriger Militäreinsätze genutzt würden, so wären die Folgen sicher: Zum ei-

nen würde eine deutsche Regierung mit der bewussten Duldung der Einbeziehung des deutschen Luftraums und deutschen Hoheitsgebietes in die Führung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges einen fatalen `Präzedenzfall` für die Zukunft schaffen; denn eine sich herausbildende oder gar sich verfestigende Staatspraxis trägt zur authentischen Auslegung und Implementierung völkerrechtlicher Regelungen entscheidend bei. Zum anderen stünde jede deutsche Regierung vor dem Abgrund des Verfassungsbruchs“ (in: Wissenschaft und Frieden, 1/2003, S.15-20).

„Der Kanzler kommt als Täter in Betracht“ lautete die Überschrift einer Dokumentation im Neuen Deutschland am 4.1.03. Darin wurden Auszüge der PDS-Strafanzeige gegen Bundeskanzler Schröder wegen Verletzung der Artikel 25 und 26 des Grundgesetzes sowie des 2+4-Vertrages ausgeführt.

Dass die deutsche Politik unter enormen Druck der US-Administration steht, ist offensichtlich: Einer der US-hardliner, „Richard Perle, der unlängst den Rücktritt des Bundeskanzlers gefordert hat“ (Die Zeit, 2.1.03), tut sich dabei ganz besonders hervor.

„Raus aus der Deckung! Im Irak-Konflikt sollte Berlin nach Verbündeten für seine Position suchen“, schrieb Hans-Dietrich Genscher am 9.1.03 im Berliner „Tagesspiegel“ und führte aus: „Was spricht dagegen, die Frage eines drohenden Militärkonflikts im Irak im Kreis der G 8 – also heute mit Russland – zu behandeln? ... Deutschland sollte seine Rolle in diesem Konflikt nicht kleiner schreiben, als sie ist. Nur ein Alleingang und die Selbstisolierung können sie vermindern. Die deutsch-französische Zusammenarbeit vermag viel und das Gewicht Europas ist größer, als die meisten annehmen. Es ist auch keineswegs so, dass Europas engster Verbündeter, nämlich Washington, nicht hinhört, wenn mit Ernsthaftigkeit und solider Begründung argumentiert wird. Präsident Chirac hat unlängst mit der Entschließung 1441 ein Beispiel gegeben“ (Tagesspiegel, 9.1.03).

„Wir werden unseren amerikanischen Freunden deutlicher als bisher sagen müssen, dass wir ihnen nicht folgen können, wenn sie darin fortfahren, sich in der Völkergemeinschaft zu isolieren“, schrieb Burkhard Hirsch in der Süddeutschen Zeitung, 13.1.03.

9. Zivile Alternativen und Friedenslösungen

9.1. Ansätze für die Lösung der Israel-Palästina-Frage

Ohne eine Lösung des Israel-Palästina-Konfliktes werden alle weiteren Friedensbemühungen in der Region Naher und Mittlerer Osten kaum tragfähig werden.

Felix Neugart und Christian-Peter Hanelt von der Bertelsmannstiftung/CAP haben in einem Strategiepapier, auszugsweise dokumentiert in der FR am 24.1.03 unter der Überschrift „Nur ein externer Akteur kann noch



Fortschritte bringen“, substantielle Vorschläge für Friedenslösungen formuliert:

„Die Umriss einer langfristigen Lösung sind aus den Vorschlägen und Ideen, die in dem Zeitraum zwischen Camp David (Juli 2000) und Taba (Januar 2001), einschließlich der Clinton-Vorschläge (Dezember 2000), diskutiert wurden, deutlich erkennbar. In Taba war der EU-Vermittler für den Nahen Osten, Miguel Moratinos, sogar der einzige Zeuge einer dritten Partei, der den Verhandlungen beiwohnte und ein Protokoll über die Diskussionen führte. Der Text dieses Dokuments zeigt die Annäherung der Positionen in vielen Schlüsselfragen und skizziert in weiten Teilen ein mögliches Endstatusabkommen. Auch wenn nicht in allen Bereichen eine Einigung erreicht wurde, lassen sich folgende Bausteine eines langfristigen Ausgleichs benennen:

– Die Gründung eines palästinensischen Staates in 94 bis 97 Prozent der Westbank und dem gesamten Gaza-Streifen. Die übrigen drei bis sechs Prozent, die die wichtigsten Siedlungsblöcke mit ungefähr 80 Prozent der Siedlerpopulation beinhalten, werden von Israel annektiert, wobei die Palästinenser mit einem adäquaten Stück israelischen Territoriums kompensiert werden. Die Grenzzone des Jordantals wird nach einer Übergangszeit Teil des palästinensischen Staates werden, wobei israelische Frühwarnstationen bestehen bleiben können.

– Zwei Hauptstädte in Jerusalem. Das jüdische West-Jerusalem wird die Hauptstadt Israels bleiben, während das arabische Ost-Jerusalem die Hauptstadt des neuen palästinensischen Staates wird. Die Palästinenser werden die Souveränität über den Haram-Al-Scharif/Tempelberg-Bezirk erhalten, während Israel die jüdischen Stadtteile jenseits der grünen Linie einschließlich des jüdischen Viertels der Altstadt und der Klagemauer (mit Zugang durch das armenische Viertel) behalten wird.

– Die Rückkehr der Mehrheit der Flüchtlinge in den neuen palästinensischen Staat oder deren Einbürgerung in einem Gastland. Nur einer kleinen Zahl wird aus humanitären Gründen die Rückkehr nach Israel in den Grenzen von 1948 erlaubt werden“.

Trotz Mauerbaus sowie der aus den jüngsten Wahlen gestärkt hervorgegangenen Position Ariel Scharons sind die oben genannten Punkte immer noch Grundlagede jęglicher Fortschritte im Nahen und Mittleren Osten.

9.2. Ansätze für die Lösung der Irak-Frage

In der Studie „Präventivkrieg als Ausweg?“ der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin vom Juni 2002 beschreibt Peter Rudolf im letzten Kapitel die „Robuste Eindämmung“ Iraks als „Alternative zum Krieg“: „Ein ausgefeiltes Überwachungssystem kann die Fortführung der A-, B-, und C-Waffen-Programme erschweren und verzögern, wie die Erfahrungen mit den früheren Inspektionen zeigt. Im nuklearen Bereich konnte das sogenannte Action Team der Internationalen Atomenergieorganisa-

tion ein klares Bild der irakischen Aktivität vor dem Golfkrieg erstellen. Tausende von Inspektionen ohne Ankündigung in mehr als 300 Einrichtungen zwischen 1994 und 1998 und die neu entwickelten Verifikationstechnologien ließen dem Irak keine Chance, die Arbeit an Nuklearwaffen systematisch wieder aufzunehmen.... Weitere Schritte in Richtung eines effizienteren und besser überwachten Sanktionsregimes mit größerer internationaler Akzeptanz sind möglich und sinnvoll, ohne dass die Kontrolle der VN über die Ölerlöse aufgegeben werden muss. Dazu gibt es eine Reihe von Vorschlägen. Dies wäre **erstens** die Genehmigung von Investitionen in der irakischen Ölindustrie. Ein solcher Schritt käme den Interessen Russlands, Chinas und Frankreichs entgegen. Gleichzeitig würden sich über eine Ausweitung der Förder- und damit der Exportmöglichkeiten die finanziellen Möglichkeiten für die Einfuhr ziviler Güter erhöhen. **Zweitens** könnten die Erlöse aus dem Ölgeschäft auch dazu eingesetzt werden, einheimische landwirtschaftliche Produkte zu kaufen, denn große Mengen an Nahrungsmitteln einführen unter dem Öl-für-Nahrungsmittel-Programm haben für die irakischen Bauern die Produktionsanreize verringert. **Drittens** könnten ausländische Investitionen in der irakischen Wirtschaft in größerem Umfang erlaubt werden, wobei sichergestellt werden muss-



te, dass sie nicht der Rüstungsproduktion zugute kämen. **Viertens** wäre an ein Verfahren zu denken, mit dem der Irak seine Auslandsschulden (bei Russland und Frankreich) abgeben könnte. **Fünftens** wäre das Verbot von Flügen in den Irak aufzuheben (das ohnehin eine eigenartige Interpretation der sich auf `cargo`-Flüge beziehenden Sicherheitsratsresolution 670 ist) und allen Irakern, die nicht eng mit dem Regime verbunden sind, den Kontakt mit dem Ausland zu ermöglichen. Gleichzeitig wären die privaten Auslandsvermögen der irakischen politischen Elite einzufrieren ... Festzuhalten ist: Die Möglichkeiten für eine robuste Eindämmungspolitik mit internationaler Akzeptanz sind noch nicht ausgeschöpft“.

Ebenfalls mit konkreten Friedensvorschlägen befasst sich das bereits erwähnte Strategiepapier von Felix Neugart und Christian-Peter Hanelt: „Die EU sollte daher eine Strategie erarbeiten, die als glaubwürdige Alternative zu den Plänen der Falken in Washington bestehen kann. Diese würde auch

von moderaten Stimmen in der amerikanischen öffentlichen Diskussion dankbar aufgenommen werden.

Die EU sollte – in kritischer Distanz zu einem Regimewechsel mittels unilateraler militärischer Gewalt – in einem weiteren Schritt Bedingungen für die Reintegration Iraks in die internationale Gemeinschaft und die Unterstützung beim notwendigen Wiederaufbau des Landes erarbeiten. Diese könnten beispielsweise umfassen: (1) Erhalt Iraks als integraler und souveräner Staat; (2) substantieller Fortschritt bei der Einrichtung demokratischer Institutionen, Auflösung der Repressionsinstrumente und Meinungsfreiheit; (3) Föderalismus oder Dezentralisierung, aufbauend auf der Anerkennung von Minderheitenrechten und der Aufteilung der Einnahmen aus dem Öllexport; (4) Anerkennung der territorialen Integrität der Nachbarstaaten und Verpflichtung zur friedlichen Konfliktlösung und (5) Aufgabe des Erwerbs von Massenvernichtungswaffen sowie Senkung der Rüstungsausgaben.

In diesem Zusammenhang müsste auch über Initiativen nachgedacht werden, die eine Öffnung der seit über einem Jahrzehnt isolierten irakischen Gesellschaft stimulieren, beispielsweise durch kulturelle Austauschprogramme“ (FR, 24.1.03).

Die Einberufung einer Konferenz zur ABC-Waffenabrüstung, die alle Staaten der Region – inklusive Israel und seiner Atomwaffen – umfasst, könnte zu einem regionalen Friedens- und Stabilitätspakt nach Vorbild der KSZE/OSZE führen. Die Initiative dazu könnte z.B. der Generalsekretär der arabischen Liga mit Unterstützung des UN-Generalsekretärs ergreifen. Die EU und andere Akteure könnten den Prozess von außen begleiten und unterstützen. Eine der wirkungsvollsten Maßnahmen zur Deeskalation der Region hin zu einer Friedensordnung wäre die Einstellung sämtlicher Rüstungsexporte in die Region, der Abzug der angloamerikanischen Truppen sowie der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien in den westlichen Industriestaaten.

10. Möglichkeiten für Protest, Widerstand und Friedensengagement

10.1. Zur US-Friedensbewegung

„Nur noch das amerikanische Volk selbst kann diesen Krieg stoppen“, zitierte die Frankfurter Rundschau (26.10.02) ein US-Friedensplakat in ihrem Magazin, das sich ganzseitig der US-Friedensbewegung widmete. Nachdem die erste Hälfte der Amtszeit George W. Bush´s vorüber ist, beginnt der Wahlkampf für die US-Präsidentenwahl im nächsten Jahr. Vor diesem Hintergrund kommt der Stärke der US-Friedensbewegung enorme Bedeutung bei der Beendigung des bereits begonnenen Irak-Krieges und der Verhinderung seiner Ausweitung zu.

Allein in den ersten beiden Wochen des Oktober 2002 zählte das unabhängige Institut für politische Studien in Washington landesweit 400 verschiedene Anti-Kriegsveranstaltungen.

**10.1.1. Protestwelle im Oktober 2002**

Noch vor der Entscheidung im US-Kongress, der Präsident Bush am 10.10.02 mit einer breiten Mehrheit freie Hand für einen Krieg gegen Irak gab, demonstrierten Mitglieder der US-Friedensbewegung in vielen Städten der USA. Als George W. Bush z.B. am 7.10.02 in Cincinnati sprach, versammelten sich rund 1000 KriegsgegnerInnen vor dem Gebäude. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift „Krieg ist das Versagen der Politik“ und blockierten nach der Bush-Veranstaltung den Verkehr in der Stadt.

Am Wochenende zuvor waren in New York etliche tausend Menschen dem Aufruf der Kampagne „Not in our name“ gefolgt.

Am 15.10.02 erschien eine ganzseitige Anzeige gegen den Irak-Krieg in mehreren großen US-Tageszeitungen. Sie war unterzeichnet von 200 UnternehmerInnen, darunter dem CNN-Gründer Ted Turner sowie dem Schauspieler und Unternehmer Paul Newman.

Die InitiatorInnen der Organisation „True-majority.com“ – die wahre Mehrheit – konnten bereits bis Oktober 2002 mehr als 35 000 Mitglieder zählen, darunter 400 führende Geschäftsleute, die sich ebenfalls öffentlich gegen den Krieg aussprechen.

Einzelaktionen wie die des Hollywood-Schauspielers Sean Wood, der allein für eine Annonce in der Washington Post mit heftiger Kritik an der US-Regierung 56 000 US-Dollar bezahlt hatte, fanden ein lebhaftes Echo.

In US-Großstädten fanden Ende Oktober 2002 zahlreiche Kundgebungen unter dem Motto „Den Krieg verhindern, bevor er beginnt“, statt, die von einem breiten Bündnis mit dem Namen „Answer“ (Act now to Stop War and End Racism) vorbereitet und durchgeführt wurden.

In Washington sagte vor – von den Veranstaltern geschätzten – 200 000 DemonstrantInnen der frühere US-Justizminister Ramsey Clark, es sei „Zeit, das Regime zu wechseln – aber hier, in Amerika“ (zit. nach junge Welt, 28.10.02). Neben Clark gehörte der schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson zu den prominentesten RednerInnen, ebenso die Schauspielerin Susan Sarandon. Transparente zeigten Slogans wie „Stoppt den Krieg, bevor er beginnt“, „Lasst Bush fallen statt Bomben“ oder „Geld für Arbeit, nicht für Krieg“.

Nachdem einige US-Medien die TeilnehmerInnenzahlen der Demonstrationen eher untertrieben hatten, intervenierte die medienkritische Gruppe FAIR (Fairness and Accuracy in Reporting). Es gelang ihr, dass z.B. die New York Times die Stärke der US-Friedensbewegung „nach oben hin“ korrigierte: „Nach zahlreichen Leserbriefen, Anrufen und E-mails an die Redaktion musste die Zeitung am vergangenen Mittwoch ihre Berichterstattung korrigieren und eingestehen, dass die Proteste Ausdruck einer gestärkten Anti-Kriegsbewegung sind“, berichtete die junge Welt am 2./3.11.02.

10.1.2. Protestwelle im Januar 2003

Die Einschätzungen über die Großdemonstration in Washington am 18.1.2003 gingen weit auseinander: Die Polizei sprach in ihrer offiziellen Schätzung von 30 000 bis 50 000 TeilnehmerInnen, die „junge Welt“ übernahm die Zahl etlicher Nachrichtenagenturen, die sich auf Veranstalter-schätzungen stützte, von 500 000. Die „taz“ wollte sich nicht festlegen und begann ihren Beitrag mit der größtmöglichen Spannweite: „Am Samstag haben in der US-Hauptstadt rund 30 000 bis 500 000 Menschen vor allem gegen einen drohenden Irak-Krieg und die Außenpolitik von Präsident George W. Bush demonstriert“ (taz, 20.1.03). Die Wahrheit dürfte irgendwo dazwischen gelegen haben. Der Streit über die Höhe der TeilnehmerInnenzahlen überschattete teilweise das eigentliche Anliegen der Antikriegsbewegung.

Während die „junge Welt“ auf der Titelseite mit dem Aufmacher erschien: „Friedensbewegung in USA so stark wie nie“, überschrieb die „taz“ ihren Beitrag: „Kriegsproteste in Washington. An der Demonstration am Samstag nahmen weniger Menschen als erhofft teil“.

Im Unterschied zu den Demonstrationen im Frühjahr und Herbst 2002 hielt im Januar 2003 möglicherweise auch eisige Kälte viele DemonstrantInnen vom Marsch nach Washington ab. Auffällige Transparente trugen Slogans wie „Give Inspectors a Chance“, „UN-Action not US over reaction“ oder „money for jobs not war“.

Die Januar-Demonstration war von einem breiten politischen Bündnis getragen, das – im Gegensatz zu den Großkundgebungen 2002 – weit in die bürgerliche Mitte reichte. Waren es 2002 vor allem linke FriedensaktivistInnen, kamen zum Martin-Luther-King Gedenktag am 18.1.03 „neben Spartakisten, Gewerkschaftler, christliche Friedensgruppen und viele Familien mit Kindern“ (taz, 20.1.03). Auffällig war die Abwesenheit der demokratischen Opposition. Auferufen hatte, wie schon im Oktober 2002, das Bündnis „answer“, das sich als Aktionsnetzwerk nach dem 11.9.01 gegründet hatte.

10.1.3. Proteste von Städten und Friedensbündnissen in den USA

„Stadttrat von Chicago hält Präventivkrieg für falsch“ titelte die FR am 18.1.03: „Der Stadttrat von Chicago hatte sich in einer Resolution gegen einen vorbeugenden Militäreingriff auf Irak ohne den Beweis ausgesprochen, dass von Bagdad wirklich eine Bedrohung für die USA ausgehe. Damit folgte der Magistrat der drittgrößten US-Stadt ähnlichen Resolutionen von Städten wie San Francisco, Seattle, Ithaca (Bundesstaat New York) und Kalamazoo (Michigan). ‚Wir wollen nicht, dass unsere Jungen und Mädchen in den Krieg ziehen‘, sagte die Ratsvorsitzende Dorothy Tillman.“

„Iraq Peace Pledge“ nennt sich ein breites Bündnis der Quäker-Organisation American Friends Service Committee, Education for Peace in Iraq Center, Fellowship of Reconciliation (US-Zweig des Versöhnungsbundes), Lutheran Peace Fellowship, National Network to End the War Against Iraq, Pax Chris-

ti USA, Peace Action sowie „Voices in the Wilderness“. In einer Selbstverpflichtung mit dem Namen „Iraq pledge of resistance“ verpflichten sich alle UnterzeichnerInnen der Erklärung, im Falle einer Kampftruppenverlegung US-amerikanischer Einheiten und anderer offensichtlicher Schritte hin zu einer Eskalation, an Aktionen zivilen Ungehorsams vor US-Militäreinrichtungen teilzunehmen.

Kontakt: www.peacepledge.org

Einer der wichtigsten Motoren der US-Friedensbewegung ist das Internationale Aktionszentrum (IAC) in Washington. Der Direktor des Zentrums, Brian Becker, verbreitete bereits im Sommer 2002 einen Aufruf mit dem Inhalt, es sei ein „Muss für alle fortschrittlichen Arbeiter- und Antikriegsorganisationen, den angekündigten Krieg zu stoppen“.

Kontakt: www.iacenter.org

10.1.4. Kirchen gegen den Krieg

Neben den Gewerkschaften stellen die Kirchen in den USA eine erheblich gesellschaftliche Kraft dar. Einerseits sind es gerade religiöse Fundamentalisten, – zu denen der US-Präsident selbst gehört – die in einem Gut-Böse-Schema die Welt aufgeteilt haben, andererseits melden sich fast täglich neue Stimmen offizieller Kirchengremien gegen den Irak-Krieg. Zu ihnen gehören die Mennonitische Kirche, die Lutherische Kirche Amerikas (www.elca.org), der Nationale Rat der Kirchen Christi in den USA (www.nccusa.org), die Presbyterianische Kirche der USA (www.pcusa.org), die Vereinigte Kirche Christi in den USA – zum Beispiel mit ihrer Erklärung „20 Wege, den Krieg im Irak zu beenden“ (www.ucc.org) – und die Katholische Bischofskonferenz (www.usccb.org). Gerade Mönche und Nonnen sowie andere engagierte ChristInnen sind derzeit an Aktionen zivilen Ungehorsams vor US-Militärstützpunkten an vorderster Stelle im Einsatz.

10.1.5. US-Friedensdelegationen im Irak

Der Ex-US-Marine Ken Nichols O'Keefe, der noch 1991 im Golfkrieg auf Seiten der Alliierten gegen Irak gekämpft hatte, startete von London aus zunächst eine Reise durch mehrere europäische Länder, bevor er sich auf den Weg in den Irak machte. Dort besuchte er Krankenhäuser, wohnte in irakischen Familien und möchte mit seinem Einsatz einen Beitrag zur Verhinderung des Krieges leisten.

Kontakt: www.uksociety.org

„Angehörige von Opfern der Terroranschläge vom 11.9. sind nach Bagdad gereist, um für eine friedliche Beilegung der Irak-Krise einzutreten. Die vier US-Bürger seien in dieser Zeit großer Bedrohung“ nach Irak gereist, um ihrer Hoffnung Ausdruck zu geben, dass Krieg und Gewalt ein Ende nehmen, erklärte der Verband Familien des 11. September für ein friedliches Morgen am Mittwoch (8.1.03). Als Ort für ihre Pressekonferenz wählte die Gruppe die Ruinen eines Luftschutzbunkers, in dem beim Golfkrieg 1991 fast 400 Zivilisten durch US-Bomben getötet worden waren“, berichtete die FR am 9.1.03.

Die US-Friedensgruppe „Voices in the wilderness“, die seit vielen Jahren Reisen in den





Irak durchgeführt und z.B. eine Strafanzeige über 120 000 Dollar bekam, weil ihre Mitglieder Kinderspielzeug und Medikamente nach Bagdad brachte und damit angeblich gegen das Embargo verstieß, gründete das „Iraq Peace Team“. Seit Herbst halten sich MitarbeiterInnen dieses Teams im Irak auf, um eine Eskalation des bereits begonnenen Krieges zu verhindern. Mit ihrem Einsatz wollen die Mitglieder sowohl die Bevölkerung als auch lebenswichtige Einrichtungen schützen und auch im Falle eines massiven US-Bombardements im Lande ausharren. Zur Gruppe gehören auch die „Veterans for Peace“ wie z.B. Ted Sexauer, Hubschraubernotarzt im Vietnamkrieg.

Während das Engagement von Voices in the wilderness und ihrer Sprecherin Kathy Kelly weltweit auf Respekt und Anerkennung zum Teil auch bei politischen Gegnern stößt, porträtierte der deutsche „Spiegel“ sie und ihre Gruppe in einer Überschrift als „Schlachtenbummler“ (Der Spiegel, 9.12.02).

Kontakt: www.nonviolence.org/vitw oder www.iraqpeaceteam.org/index.html

10.1.6. Aufbau diplomatischen Druckes zur Kriegsverhinderung

Über Internet fordern Vorstände verschiedener US-Friedensorganisationen ihre Mitglieder auf, den drei ständigen Mitgliedern im Weltsicherheitsrat Frankreich, Russland und China E-mails oder Faxe zu senden mit der Botschaft: „Bitte stimmen Sie keiner UN-Resolution zu, die zu militärischer Gewalt ermächtigt“.

Das eingangs des Artikels erwähnte ganzseitige Porträt der US-Friedensbewegung im Magazin der FR schloss mit dem Satz: „Ganz allein kann die amerikanische Friedensbewegung ihren Präsidenten wahrscheinlich eben doch nicht stoppen“. Deswegen ist ihre Unterstützung gerade aus Europa – und insbesondere aus Deutschland – extrem wichtig.

10.2. Möglichkeiten zu Protest und Widerstand in Deutschland

„Justiz prüft Klagen wegen der Vorbereitung eines Angriffskriegs. Generalbundesanwalt Nehm muss sich mit mehreren Strafanzeigen gegen den Bundeskanzler befassen“, titelte die FR am 11.1.03. Weitere Strafanzeigen können beim Generalbundesanwalt gestellt werden.

„Not in our name – kein Krieg gegen den Irak!“ lautet nicht nur eine Initiative in den USA, sondern auch eine Kampagne der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW). Bei der IPPNW-Geschäftsstelle in Berlin können Postkarten an Präsident Bush und Bundeskanzler Schröder sowie Flugblätter zum Thema „Kollateralschaden“ bestellt werden:

Kontakt: IPPNW Berlin, Tel. 030-698 07 40, Fax. 030-693 81 66.

An vielen US-Militärstützpunkten fanden bereits Demonstrationen statt, an einigen auch Sitzblockaden (Rhein-Main-Airbase/Frankfurt, EUCOM/Stuttgart). Neben Stuttgart Vaihingen, Ramstein, Rhein-Main Airbase Frankfurt, Spangdahlem, Heidelberg, Wiesbaden, Kaiserslautern, Würzburg, Grafenwöhr, Mannheim und Böblingen, wo jeweils US-Soldaten stationiert sind, die mit in



Motto auf der Demonstration in Bonn am 24.11.1990

den Irak-Krieg involviert werden, stellen vor allem deutsche Häfen, wo Kriegsmaterial verladen wird, symbolische Orte für Protest- und Widerstandskaktionen dar.

Kontakt: www.resistthewar.de, Friedenskooperative, Tel. 0228-692904 oder -05 Fax 0228-692906

Aus deutscher Sicht sind besonders die in Geilenkirchen bei Aachen stationierten AWACS-Einheiten betroffen. Dort riefen am 25.1.03 nach einer Protestkundgebung Mitglieder der Friedensbewegung durch einen Handzettel die Soldaten der Kaserne auf, sich nicht an dem Krieg gegen Irak zu beteiligen.

Kontakt: Armin Lauven, Tel: 0228-9319809 oder Martin Singe, Tel: 0228-264615.

Rechtsberatung für US-Kriegsdienstverweigerer in Deutschland bietet das Military Counseling Network in Bammental bei Heidelberg an.

Kontakt: Wolfgang Krauß, Tel. und Fax 06223-47791.

Im Dezember 2002 reisten sieben Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes auf Einladung des Mittelöstlichen Rates der Kirchen in den Irak. Sie sind bereit, bei Veranstaltungen über ihre Erfahrungen zu berichten.

Kontakt: Versöhnungsbund-Geschäftsstelle: Tel. 0571-850875, Fax 0571-8292387.

Die beiden großen Kirchen in Deutschland, ebenso die historischen Friedenskirchen, haben sich eindeutig gegen den Krieg positioniert. Sie rufen zu Mahnwachen, Friedensgottesdiensten und der Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen – wie z.B. am 15.2.2002 in Berlin – auf.

Kontakt: www.15februar.de

Weitere Informationen unter:
www.resistthewar.de
www.friedenskooperative.de
www.versoehnungsbund.de
www.imi-online.de
www.friedensratschlag.de

Nachwort: Gerechtigkeit schafft Frieden

Im Dezember 1987 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine grundlegende Resolution, die den Terrorismus verurteilte und die Nationen dazu aufrief, ihn mit aller Macht zu bekämpfen. 153 Länder votierten bei der Abstimmung mit „Ja“, Honduras enthielt sich, die USA und Israel stimmten mit „Nein“. Ihre Ablehnung begründeten die bei-

den Länder mit der Passage, dass „das aus der UN-Charta abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit von den Bestimmungen dieser Resolution unberührt bleibt, und Völker, denen dieses Recht gewaltsam vorenthalten wird ... insbesondere Völker unter kolonialen und rassistischen Regimes und fremder Besatzung oder anderen Formen kolonialer Herrschaft ... das Recht haben, darum (in Übereinstimmung mit der Charta und anderen internationalen Rechtsprinzipien) zu kämpfen und Unterstützung zu fordern und zu erhalten“ (zit. nach: Noam Chomsky, The Attack. Hintergründe und Folgen, Hamburg 2002, S. 55).

Die UN-Resolution achtete auf die wichtige Unterscheidung zwischen Terrorismus einerseits und dem berechtigten Protest und Widerstand in Situationen von Unterdrückung, Unrecht und Gewalt andererseits. Genau diese Unterscheidung wird derzeit im so genannten „Krieg gegen den Terror“ aufgehoben.

In ihrem Hirtenwort „Gerechter Friede“ haben die katholischen deutschen Bischöfe einige bemerkenswerte Aussagen gemacht: „Es wäre fatal, wenn die Länder des Nordens ihre vordringliche Aufgabe darin sähen, sich vor den Armen, die in besonderer Weise der Erfahrung von Not, Gewalt und Unfreiheit ausgesetzt sind, zu schützen statt ihnen beizustehen“ (S. 80). Weiter heißt es: „Die Solidarität mit den Armen ist Teil unseres kirchlichen Engagements. ... Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Stärkung der Armen ruft ihrerseits in vielen Fällen gesellschaftliche Konflikte hervor. Denn wenn bestehende Machtverhältnisse in Frage gestellt werden, trifft dies regelmäßig auf den Widerstand der bislang Mächtigen und Privilegierten“ (S.97).

Mit dem Satz „Wir verteidigen unsere Art zu leben, und das ist unser gutes Recht“ (FR, 17.10.01) versuchte Bundeskanzler Gerhard Schröder die deutsche Beteiligung am so genannten „Anti-Terror-Krieg“ zu rechtfertigen.

So lange in der UN-Charta das Recht jedes Menschen auf ein Leben in Würde festgelegt ist, gehört es zu den vordringlichsten Aufgaben einer Demokratie, die Art des westlichen Lebensstils so zu korrigieren, dass damit nicht mehr Hunger, Verelendung, Umweltzerstörung, Unterdrückung, Krieg und Tod für einen Großteil der Menschheit in anderen Kontinenten verbunden ist. Gerechtigkeit schafft Frieden.

Stand des Artikels: 1.2.2003



Rückmeldecoupon

Bitte senden an: **resist** – Sich dem Irak-Krieg widersetzen!
c/o Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn
oder per Fax: (0228) 692 906

AUFRUF UNTERZEICHNEN!

- Für den Fall, dass die US-Regierung mit einem Angriff auf den Irak beginnt, erkläre ich heute schon, mich an Protesten, Demonstrationen und/oder Aktionen zivilen Ungehorsams vor US-Militäreinrichtungen, US-Konsulaten und/oder der US-Botschaft in Berlin zu beteiligen.
- Ich beteilige mich – soweit mir Ort und Zeitpunkt möglich sind – an der großen gewaltfreien Sitzblockade von **resist**.
- Ich bin damit einverstanden, dass mein Name im Rahmen der **resist**-Kampagne in Anzeigen, Flugblättern etc. veröffentlicht wird.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

MATERIAL BESTELLEN!

Ich bestelle

- _____ Exemplare dieses Hintergrundartikels _____
(Preisstaffel nebenstehend)
- _____ Exemplare des Aufrufs zur Selbstverpflichtung (x 0,05€) _____
- _____ Exemplare der resist-Aktionszeitung (x 0,10€) _____
- _____ Exemplare von „Martin Singe: Rechtsinfo zu Aktionen zivilen Ungehorsams“ (x 0,30€) _____
(0,30€ pro Exemplar zzgl. Porto.)
- _____ Exemplare von „Andreas Buro: Den Irak-Konflikt friedlich lösen! – Kein Blut für Öl und Militärstützpunkte!“ (x 0,50€) _____
(0,50€ pro Exemplar zzgl. Porto.)
- _____ Exemplare „Reader mit Hintergrundmaterial zum Irak-Konflikt“ (x 5€) _____
(5€ pro Exemplar zzgl. Porto.)

gesamt _____

SPENDEN!

- Ich unterstütze **resist** mit einer Spende von _____ €
(Aktionskonto von Martin Singe, Kto-Nr.: 559 430 469, BLZ 440 100 46, Postbank Dortmund, Stichwort: „resist-Spende“ / keine Spendenquittung möglich)

Name _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Tel.: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Literaturhinweise:

- **Clemens Ronnefeldt**, Die neue NATO, Irak und Jugoslawien, mit einem Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz, 195 S., 2. Auflage, Minden 2002 (bestellbar für 8.- Euro plus 1,50 Euro Porto und Versand nur über die Geschäftsstelle des Versöhnungsbundes, www.versoehnungsbund.de, E-mail: Geschaeftsstelle@versoehnungsbund.de, Tel.: 0571-850875, Fax: 0571-829238.
- **Rüder Göbel, Joachim Guilliard, Michael Schiffmann** (Hg.), Der Irak. Ein belagertes Land, 2. Auflage, Köln 2002.
- **Bernd W. Kubbig** (Hrsg.), Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt 2003.
- **William Rivers Pitt**, Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, (Interview mit Scott Ritter), 2002.
- **Volker Perthes**, Geheime Gärten. Die neue arabische Welt, Berlin 2002.
- **August Pradetto** (Hrsg.), Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002, Studien zur Internationalen Politik, hrsg. vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, Heft 1/2003.
- **Andrea Szukala und Thomas Jäger**, Die innenpolitische Steuerung der amerikanischen Irak-Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2003, S. 37-48.
- **Ferhad Ibrahim**, Iran und Irak in der II. Phase des amerikanischen Krieges gegen den Terror, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/2002, S. 31-38.
- **Peter Rudolf**, Präventivkrieg als Ausweg, SWP-Studie (S 23) der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2002.
- **Jürgen Wagner**, Das ewige Imperium. Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor, Hamburg 2002.
- **James H. Hatfield**, Das Bush-Imperium. Wie George W. Bush zum Präsidenten gemacht wurde, mit einem Vorwort von Jean Ziegler, 3. Auflage, Bremen, 2002.
- **Thierry Meyssan**, 11. September 2001. Der inszenierte Terrorismus. Auftakt zum Weltenbrand?, Kassel 2002.
- **Michel Chossudovsky**, Global Brutal. Der entfesselte Welt-handel, die Armut und der Krieg, 11. Auflage, Frankfurt 2002.



Impressum

Verlagsbeilage Friedensforum, Bonn, 1/2003.

Herausgeber:

Kampagne „resist – sich dem Irak-Krieg widersetzen!“

Bildnachweis:

The Cristian Scientist Monitor (S. 1); Armee-Werbeprospekt (S. 2); Prof. Dr. Ulrich Gottstein, IPPNW, Frankfurt (S. 3, 5, 6, 8); Erika Sulzer-Kleinemacher (S. 4); inamo (S. 7); Joker (S. 9); Stefan Schulz (S. 11).

Bestellung dieses Faltblattes:

beim Netzwerk Friedenskooperative (siehe Coupon links)

ab 1 Ex. je 0,50 Euro

ab 10 Ex. je 0,40 Euro

ab 100 Ex. je 0,35 Euro (jeweils zzgl. Porto)

Die Weiterverbreitung dieses Hintergrundartikels ist ausdrücklich erwünscht.

Die Kampagne „resist – sich dem Irak-Krieg widersetzen“ wurde initiiert von: Elke Steven und Martin Singe (Sekretariat des Komitee für Grundrechte und Demokratie), Clemens Ronnefeldt (Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig), Peter Betz und Kathrin Vogler (Bund für Soziale Verteidigung), Paul Russman (Ohne Rüstung Leben), Holger Rothbauer (Kampagne „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“), Mani Stenner (Kampagne „Gewaltspirale durchbrechen!“), Jochen Stay (Anti-Atom-Aktivist), Christoph Bautz (Attac Bundesbüro, Bewegungstiftung).

V.i.S.d.P.: Clemens Ronnefeldt, Versöhnungsbund-Friedensreferat, Ortsstr. 13, 56288 Krastel, www.versoehnungsbund.de